

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,80 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Veranlagungsbehalte werden nicht auf genommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: J. Leinhardt; Druck: G. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; sämtlich in Bochum, Wilhelmstr. 38-42. Telefon-Nr.: 93 und 89. Telegramm-Adresse: VABerg Bochum

Verlogene Kalunken.

Massenstreikbruch während einer Hochkonjunktur.

Als in diesem Frühjahr unsere Verbandsleitung den Kameraden erklärte, die Geschäftslage in der Bergwerks- und Hüttenindustrie sei so günstig, daß nun eine Lohnbewegung mit Aussicht auf Erfolg für die Bergleute unternommen werden könne, da verbreiteten die ultramontanen Streikbruchorganisatoren durch Wort und Schrift die Behauptung, die Geschäftslage sei nicht günstig!

Ja, nach vollem Streikbruch gab eine Streikbruchzentrale ein Flugblatt heraus, worin den Lesern vorgelesen wurde, die Zeit für einen erfolgversprechenden Kampf sei von der Verbandsleitung so ungünstig wie möglich ausgewählt worden, denn die Geschäftslage sei die ungünstigste gewesen! Dieselbe freche Lüge tischte die ultramontane „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ ihren Lesern auf.

Was war und was ist denn die Wahrheit?

Die Steinkohlenförderung Deutschlands ist in den ersten sieben Monaten 1912 auf 100 485 485 T. gestiegen, das sind über 8 Millionen Tonnen mehr wie in derselben Zeit des Vorjahres! Damit ist die bisher höchste deutsche Förderziffer weit übertroffen.

Es betrug weiter die Steinkohlenförderung in Preußen im Juli 1912: 14,0 Mill. T., im Juli 1911: 12,8 Mill. Tonnen! In Sachsen hob sich die Zulieferung von 450 870 T. in 1911 auf 481 697 T. in 1912. Allein im Ruhrgebiet wurden gefördert im Juli 1911: 7,75, im Juli 1912: 9,04 Mill. Tonnen! Trotz des Streiks eine enorme Förderzunahme!

Die ganzen Mengen werden glatt abgesetzt. Die Förderbeschränkungen sind aufgehoben und dennoch kann die Nachfrage nicht voll befriedigt werden. Wie zuvor war der Absatz von Steinkohlen, Koks und Brekett so stark steigend wie seit Ende 1911 und im Jahre 1912!!!

Dabei logen und lügen noch immer die infamen Streikbruchorganisatoren ihren verwirrten Nachläufern vor, die Geschäftslage sei für eine erfolgversprechende Lohnbewegung „zu ungünstig!“ Hier paßt das Wort Bismarcks: „Verlogene Kalunken“ wie nirgend sonst.

Die deutsche Braunkohlenförderung stieg im Juli 1912 auf über 6,6 Mill. T., um mehr als 1 Mill. Tonnen gegen Juli 1911. Im Laufe der Monate Januar bis inkl. Juli sind in Deutschland Braunkohlen gefördert worden 1911: 40,81 Mill. Tonnen, 1912: 46,07 Mill. Tonnen! Auch hier eine beispiellose Hochkonjunktur.

Dabei ziehen die verlogenen Kalunken noch immer im Lande umher und erklären zum frechen Hohn auf die Wahrheit, die Geschäftslage sei für einen Lohnkampf ungünstig gewesen, lügen frech, die Verbandsleitung habe die Konjunktur falsch beurteilt, die Verbandsführer hätten dadurch ihre gewerkschaftliche Unfähigkeit bewiesen.

Jeder Abscheu steht heute an den enormen Förderungs-, Produktions- und Absatzsteigerungen, daß die Verbandsleitung den Zeitpunkt für einen Lohnkampf nicht besser wählen konnte als in diesem Frühjahr!!! Die verlogenen Kalunken bestreiten es noch immer, weil sie ihren ruchlosen Bergarbeiterverrat nicht eingestehen dürfen, die Werksbesitzer streichen jetzt märchenhafte Gewinne ein, insofern der Lohn für die eigentlichen Bergleute immer noch niedriger steht wie Ende 1907. Um einen ganzen Pfennig sind die Durchschnittslöhne der Ruhrbergarbeiter im 2. Vierteljahr 1912 gegen das 4. Vierteljahr 1907 gestiegen. Es betrugen die Durchschnittslöhne pro Schicht:

	Gesamtbelegschaft	Hauer und Schöpaner
4. Vierteljahr 1907	4,99 Mk.	6,14 Mk.
2. Vierteljahr 1912	5,00 „	5,97 „

Die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft stehen also um einen ganzen Pfennig höher, die der Hauer und Schöpaner aber noch um 17 Pf. pro Schicht niedriger, wie im 4. Vierteljahr 1907.

Wo bleibt die von den verlogenen Kalunken verprodene Lohnaufbesserung?! Es steht für jeden Bergmann fest, daß jener Artikel vom 2. Februar in der „Rhein.-Westf. Zeitung“ nicht von den Unternehmern, sondern von den verlogenen Kalunken selbst stammt, denn nirgends, auf keiner Zeche, ist eine Gedingeaufbesserung eingetreten. Man reißt ab und legt zu, ganz nach Willkür, schlimmer noch als vor dem Streik, und nur der wahnwitzigen Kohlenhebe, dem rasenden Mühlen verbannten wir die winzige Lohnhöhung, die ganz allein auf Mehrschuften zurückzuführen ist. „Gaut nur drauß! Wenn nur Wagen herauskommen, abgezogen wird nicht! Ihr dürft bis 8 Mark verdienen, ehe abgezogen wird.“ So reden die Steiger und feuern die Leute an, zu wählen, was nur in ihren Kräften liegt. Den verlogenen Kalunken und Streikbruchorganisatoren ist die Steigerung zu niedrig, aber sie lügen weiter und behaupten, der Dreißig sei daran schuld, weil er den verpöfchten Streik veranlaßt habe. Wer hat den Streik verpöfcht? Doch nicht der Dreißig, sondern die verlogenen Kalunken, die den Bergleuten vorlügen, die Werksbesitzer hätten Lohnsteigerung versprochen, die dann den Massenstreikbruch organisierten und den Werksbesitzern den Sieg über die Bergarbeiter erkämpften! Die Werksbesitzer schwimmen im Geld, sie reiben sich vergnügt die Hände über die unermessliche einseitige Masse der Grubenproletariat, die sich von verlogenen Kalunken zum über- arbeiterförmigen Streikbruch verleiten ließen. Esau bekam für die Preisgabe seines Erstgeburtsrechts

wenigstens ein Linsengericht. Die Bergleute Deutschlands erhalten für die Preisgabe ihres Menschenrechts in einer Zeit, wo es erobert werden konnte, nichts als Hohn und Spott aufgetischt.

Verlogene Kalunken haben ihren verwirrten Nachläufern vorgegeschwindelt, wenn während des Generalstreiks in England in Deutschland tüchtig gefördert würde, dann würde die „deutsche Kohle der englischen die Absatzgebiete nehmen“. Auf unseren Einwand, daß dies auch ein Schwindelmanöver der Streikbruchorganisatoren sei, entgegneten diese mit einem wüsten Geheul über unsere „vaterlandslose Gesinnung“!

Was war und was ist die Wahrheit?

Durch den britischen Generalstreik stieg selbstredend monatelang die Kohlenausfuhr aus England. Aber dann ist die voranzuhende stärkere Einfuhr englischer Kohle auch in Deutschland eingetreten. Es wurden aus England Kohlen nach Deutschland verschifft im Juli 1910: 830 068 T., Juli 1911: 668 823 Tonnen, Juli 1912: 1 090 898 Tonnen! Also war die englische Kohlenausfuhr im letzten Juli weit stärker wie in den Vorjahren, obgleich die deutsche Steinkohlenförderung vom Januar bis inkl. Juli d. J. um mehr als 8 (acht) Millionen Tonnen höher war wie im Vorjahr. Die Auslandskohle wird eben gebraucht, wenn Bedarf vorhanden ist, daran ändert das ultramontane Geheul über — unsere „vaterlandslose Gesinnung“ kein Jota.

Die enorme Zunahme des deutschen Verbrauchs englischer Kohle nach dem Generalstreik ist auch ein Beweis für die glänzende Geschäftslage in der deutschen Industrie! Ist abermals ein Beweis für die grenzenlose Verlogenheit der Kalunken, die den Bergleuten zu der Zeit, wo sie ihre Menschenrechte erobern konnten, vorgegeschwindelt, die Geschäftslage sei zu ungünstig. Nun regnet es Goldströme für die Grubenkapitalisten, die Vergarbeitermasse aber kann mit Löhnen nach Hause gehen, die im schreienden Mißverhältnis zu den jetzigen Hungerlöhnen stehen.

Die infame Untat der verlogenen Kalunken hat das allhergebrachte Ansehen der Bergarbeiter als einer in Not und Gefahr kameradschaftlich zusammen kämpfenden Arbeitergruppe auf das allerschwerste geschädigt. Denunzianten- und Selbstsucht haben die Streikbruchorganisatoren in ihren eigenen Reihen gefördert! Die besseren Mitgliederlemente wenden sich mit Abscheu von jenen Vurdsen. Die Wahrheit kommt doch zum Siege. Die jetzt noch den verlogenen Kalunken nachlaufen, werden schneller wie die Füchsen, einsinken und ehrlieh eingestehen, daß die Organisation des Massenstreikbruchs im Frühjahr 1912 ein ruchloses Verbrechen an den Interessen der Arbeiter war und bleiben wird.

Zuchthaus anstatt Grubenkontrollen.

Die Zeiten, wo es im Ruhrrevier auch bürgerliche Journalisten gab, die noch Mut und Rechtsempfinden besaßen, für die Arbeiterschaft einzutreten, Werksmißstände rückhaltlos geißelten und die Wahrheit offen bekannten, scheinen endgültig dahin zu sein. Neue Zeiten, wo ein Johannes Fasangel der „Schrecken der Ausbeuter“ war, wo die Zentrumpresse von den „liberalen“ Werksherren als „Gepresse“ verschrien und für „ihre“ Arbeiter verboten war, liegen zwar noch nicht so lange hinter uns, aber dennoch kommen sie uns wie ein Traum, nicht wie Wirklichkeit vor. Hatte die Zentrumpresse in den achtziger Jahren und Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verdient, „Gepresse“ genannt zu werden, so steht ihr dieser „Ehrentitel“ heute doppelt und dreifach zu, nur mit dem Unterschiede, daß sich die Hehe damals gegen die „Ausbeuter des liberalen Freimaurertums“ richtete, während sie heute gegen die organisierte Arbeiterschaft heßt. So hat sie denn auch bei der Grubenkatastrophe auf Zeche Lothringen genau in dieselbe Kerbe gehauen, wie die wackelnde Scharfmacherpresse, hat die Grubenverwaltung von aller Schuld freigesprochen, dafür aber die Schuld teilweise auf den „Schöpfer im Himmel“, teilweise die „Uebertretung eines Beamten und der Arbeiter“ geschoben. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die sich immer mehr zu einer rasenden schamlosen Scharfmacherzeitschrift entwickelt, bekräftigt in ihrer Nr. 199 vom 25. August nochmals das Grubenunglück, lobt die gesamte bürgerliche Presse, um die Arbeiterzeitungen desto rüpelhafter anzukempeln:

„Die Sozialdemokratie macht immer noch krampfhaft Anstrengungen, um aus Anlaß des beklagenswerten Unglücks auf Lothringen die öffentliche Meinung gegen die Verwaltung dieser Zeche und gegen die Zechebesitzer im ganzen aufzustacheln. Es war ihr durchaus nicht recht, daß nach diesem Unglück wieder eine Zeche a la Raddob zustande gekommen ist, daß nicht wieder auf Zechebesitzer, Zecheleiter und selbst auf die Bergbeamten ein Schmähefeldzug eröffnet wurde, daß sie sich vornehmen wie Verbrecher, und der damals manchem ehrenhaften alten Bergmann die Schamröte ins Gesicht getrieben hat. Es war ihr durchaus nicht recht, daß die bürgerliche Presse aller Parteien dem Unglück gegenüber eine würdige und unparteiische Haltung eingenommen hat, und als gar die Bergarbeiterbevölkerung selbst der schwer getroffenen Gemeinde Gerechtigkeit dankbar zujubelte für seine warme und tatkräftige Anteilnahme, da war es ganz aus. Zunächst waren die sozialdemokratische Presse und der Alte Verband verdächtigt über diese Erscheinung, dann aber rafften sie sich auf und versuchten krampfhaft, aus der traurigen Katastrophe doch noch Kapital zu schlagen. Sie hatten es ja freilich nötig, denn die Niederlage beim Streik dieses Frühjahrs hat sie doch sehr mitgenommen, und eine Agitation, die die Bergarbeiter wieder einmal in starke Wallung gebracht hätte, wäre ihr sehr gelegen gekommen. So war denn jeder Anlaß recht, um den Verband und seine Partei wieder in den Vordergrund zu bringen, sie als die einzig wahren Freunde und Vorkämpfer der Bergleute hinzustellen.“

Wir haben weder das Bedürfnis, gegen die Verwaltung und die Besitzer der Zeche Lothringen, die wir gar nicht kennen, zu „heben“, noch haben wir notwendig, aus der „traurigen Katastrophe Kapital zu schlagen“, aber wir haben die Pflicht, unsere Stimme zu erheben gegen Zustände, die eine derartige Katastrophe ermöglichen. Die erschlagenen und verbrannten Bergarbeiter von Lothringen sind unsere Kameraden, unsere Brüder und Leidensgenossen gewesen, auch dann, wenn sie von Betrügnern irregeleitet oder aus Unverstand oder wegen Furchterrors im Leben uns bekämpft haben. Die hinterblichenen Witten sind unsere Schweltern, ihr Schmerz ist unser Schmerz, für sie alle treten wir ein, mag man uns neben Christus, den großen Menschenfreund, ans Kreuz schlagen. Wir und mit uns alle praktischen Bergarbeiter sind auch davon überzeugt, daß diese Katastrophe nun und nimmer diesen Umfang angenommen hätte, wenn alles in Ordnung gewesen wäre, und mögen alle Scharfmacherblätter, alle feilen Tintenfüßler der Welt die Verwaltung weiß waschen und uns begeistern, die Tatsache, daß, wo Schlagwetter und Kohlenstaub explodieren, auch Schlagwetter und Kohlenstaub vorhanden sein müssen, können sie nicht fortlegen. Nichts mehr fordern wir, als daß Wetteransammlungen in solchem Umfang und damit solche Katastrophen unmöglich gemacht werden.

Was würde die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ und mit ihr die gesamte Werkspresse, sagen, wenn anstatt der 113 Bergarbeiter 113 Kommerzienräten vom Wetterschlag dahingerafft und die Betriebsleitung in Händen von Arbeitern gelegen hätte? Wir sind der Überzeugung, die Werksleitung von Arbeitern, die den Tod von 113 Kommerzienräten ermächtigt — nicht verschuldet — hätte, sie wäre nicht so glimpflich davongekommen, wie die Werksleitung von Lothringen durch uns.

Dann geht die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ auf die Versammlungen am 18. August ein und bespricht die jetzige Grubenkontrolle, die nach ihrer Meinung labellös, ja besser ist, als in allen sonstigen gewerblichen Betrieben und führt zur Frage der Sicherheitsmänner aus:

„Zu alledem kommen dann noch die Sicherheitsmänner, denen die letzte Vergesellschaft ihre Aufsichtsfähigkeit genau vorschreibt und die in der Hauptsache ihren Verpflichtungen doch unter allen Umständen nachkommen. Wenn seitens des Alten Verbandes der Zeche Lothringen der Vorwurf gemacht worden ist, daß ein Sicherheitsmann von einem Zechebeamten schikaniert und in der Ausübung seiner Befugnisse beeinträchtigt worden sei, so ist dabei zu beachten, daß auf der Zeche nicht etwa nur dieser eine Sicherheitsmann funktionierte, sondern daß ihre Zahl sehr groß ist, da auf hundert Mann ein Sicherheitsmann gewählt wird. Auch in den schärfsten Angriffen ist nicht behauptet worden, daß außer jenem ein anderer Sicherheitsmann aus betrüblicher Wahl hervorgegangen oder in der gewissenhaften Ausübung seiner Funktionen beeinträchtigt oder belästigt worden sei. Wenn man es wirklich wagte, aus dem Falle des einen Sicherheitsmannes den Schluß zu ziehen, daß hierauf das schreckliche Unglück zurückzuführen sei, so werden sich auch unter den Zeichengläubigsten nur wenige finden, die dieser Logik folgen werden.“

Wir haben diesem Scharfmacherblatt bisher mehr Kenntnis der einschlägigen Gesetze und weniger Leichtfertigkeit zugebracht. Es ist nicht wahr, daß auf hundert Mann Belegschaft ein Sicherheitsmann gewählt und daß auf Lothringen ihre Zahl eine große ist. Nach § 80 b des preussischen Berggesetzes vom 28. Juli 1909 werden die Sicherheitsmänner nach Steigerabteilungen oder nach Fachabteilungen gewählt; auf Lothringen wurden Fachabteilungen eingerichtet und sind bei einer Belegschaftstärke von 2439 im ganzen nur 3 Sicherheitsmänner, also erst auf 800 Mann Belegschaft ein Sicherheitsmann gewählt, was die Redaktion bei etwas Sorgfalt und weniger Leichtfertigkeit von der Grubenverwaltung zu jeder Zeit erfahren hätte. Dann ist auch nicht nur ein Sicherheitsmann schikaniert worden, sondern wie der Untervorstand hier in der Gerichtsverhandlung am 6. April 1911 unter Beweis stellen wollte, sogar fünf, also zwei mehr, als jeweils amtieren! Der, um den sich damals die Frage drehte, ist längst „freiwillig“ zurückgetreten, andere sind abgelehnt worden oder „freiwillig“ abgelehnt, und der eine — jetzt noch Organisierte — einundzwanzigmal verlegt worden! Daß auf diese Schikaniierung das schreckliche Unglück zurückzuführen sei, haben wir nirgends geschlußfolgert, weil auch ohne Schikaniierung die Sicherheitsmänner nur „weiße Salbe“ sind, Unfälle weder verschulden noch verhüten können, sondern wir haben nur damit bewiesen, was wir schon 1909 vorausgesetzt haben: daß Sicherheitsmänner im Arbeitsverhältnis schikaniert, gedrückt und an der Ausübung ihrer winzigen Rechte behindert wurden, deshalb werlos seien.

Weiter beschäftigt sich das Unternehmerblatt mit der in den Verammlungen erneut gestellten Forderung: Freigestellte Grubenkontrollen, gewählt von der Belegschaft, besoldet vom Staat. Bei Beratung der Vergesellschaft im Jahre 1909, die die Sicherheitsmänner brachte, seien auch Stimmen in Unternehmerkreisen laut geworden, die sich für die Forderung des Verbandes, freigestellte Grubenkontrollen, ausgesprochen hätten, weil sie voraussetzten, daß die Sicherheitsmänner nur eine Halbschicht seien und nach keiner Seite befriedigen würden. Die Regierung habe sich jedoch der Erfüllung dieser Forderung hartnäckig widersetzt, weil sie nicht zugeben wollte oder konnte, daß einfache Arbeiter schließlich über die staatliche Vergütung geklagt werden sollten. Das hat niemand verlangt und wird auch jetzt nicht gefordert. Die Grubenkontrollen sollen nicht über der heutigen Vergütung stehen, sondern diese nur ergänzen, sollen mit keinen weiteren Arbeiten beschäftigt werden, als der täglichen Befahrung der ihnen zur Kontrolle zugewiesenen Schächte und sollen, wo sie Mißstände und Gefahren vorfinden, diese sofort dem zuständigen Verginsektor melden. Der „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ und ihren Hintermännern ist die Forderung aus folgenden Gründen jedoch für alle Zeiten unmöglich:

„Es ist bekannt, daß die Wahlen der Sicherheitsmänner von der Sozialdemokratie und auch von ihren Gegnern zu einer politischen Agitation gemacht worden sind. Statt daß die Belegschaften bei ein-

gesenen Beiden die Kandidaten nach dem Gesichtspunkt aufgestellt haben, daß die tüchtigsten, besonnensten und kenntnisreichsten Vergleute der Gruben zu dem Amt wählen, wurden sie aufgestellt von dem Gesichtspunkte aus, ob sie zuverlässige Genossen der einen oder anderen Partei seien. Genau wie bei den Gewerkschaftswahlen ist der Wahlkampf von Sozialdemokraten gegen Christliche und umgekehrt geführt worden. Wenn nun die jetzt wiederum erhobene Forderung der Arbeiter verstanden werden würde, so würde der gewählte Arbeiterkontrollleur, der vom Staate besoldet werden müßte und der unabhängig von jeder Parteienverwaltung und von jedem Arbeitsverhältnis seines Amtes zu walten hätte, die Kontrolle als Beauftragter einer politischen oder sozialen Partei ausüben, nicht aber als der tüchtigste, zuverlässigste und tüchtigste Vergmann. Der Staat würde aus den Mitteln der Allgemeinheit lediglich einen sozialdemokratischen oder christlichen Amtsinhaber besolden, der sein Amt von dem Gesichtspunkte aus verwaltete, daß er bei der nächsten Wahl wiedergewählt werde und daß er bei seiner Organisation oder bei seiner Partei kein Mißfallen erregt. Diese Erwägungen machen die Erfüllung der Forderung des Viten Verbandes für alle Zeit unmöglich.

Die Sozialdemokratie hat sich bisher weder um die Sicherheitsmänner, noch um die Vergewerkschaftsleiter gekümmert, wie auch keine Institutionen mit der Sozialdemokratie absolut nichts zu tun haben. Wir kennen keine sozialdemokratischen Schlagwetter, keinen „christlichen“ Kohlenstaub, keine liberalen Dremaberge und keine „christlich-sozialen“ Absorbtibel, sondern nur Grubenmischstände, die mit keiner Partei, mit keiner Konfession etwas zu schaffen haben, unter denen aber alle Arbeiter leiden und gleichmäßiger Gefahr ausgesetzt sind. Bisher sind die Kandidaten nicht von der Partei, selbst nicht einmal vom Verband, sondern von dem organisierten Teile der Belegschaft aufgestellt worden, und ebenso wenig wie der Vergb. Verein unorganisierte Werkführer zur Vertretung der Unternehmerinteressen vorschlägt, noch wählt — sofern es heute im Ruhrgebiet noch einen unorganisierten Grubenbesitzer geben sollte —, ebenso wenig wird man den organisierten Vergleuten zumuten, einem unorganisierten Werkführer ihr Vertrauen zu schenken. Das Hauptgewicht bei der Aufstellung der Kandidaten wird darauf gelegt, tüchtige, erfahrene, alte und kenntnisreiche Vergleute auf diesen Posten zu bekommen. Darüber hätte sich die „Deutsche Vergwerks-Btg.“ gerade auf Lothringen Auskunft holen können. Der dort in Frage kommende Sicherheitsmann ist 26 Jahre Bergmann, 23 Jahre Hauer und im Besitze der besten Zeugnisse! Das alles hat ihn nicht davon gehindert, 21 mal verlegt zu werden! Die Grubenkontrollleure sollen keine von der Allgemeinheit besoldeten Partei- oder Verbandsschaffner, sondern echten Sicherheitsmänner im wahren Sinne sein. Aber wenn an diesem Punkte die Forderung scheitern soll, warum fordert dann die „Deutsche Vergwerks-Btg.“ nicht, daß aus Mitteln der Allgemeinheit überhaupt keine Parteiagitatoren besoldet werden dürfen! Sind nicht sämtliche katholische Geistliche von der Allgemeinheit besoldete Parteifunktionäre und Parteiatagitatoren der Zentrumspartei? Sind die Landräte und die sonstigen Staatsbeamten nicht mehr oder weniger von der Allgemeinheit besoldete Parteiatagitatoren der Konservativen oder der „liberalen“ Partei? Die Arbeiter sollen und müssen ihre Steuerzuschüsse mit dazu hergeben, der Bourgeoisie die Parteiatagitatoren zu unterhalten, ihnen selbst verweigert man die Grubenkontrollleure, weil diese evtl. der Arbeiterpartei angehören! Und so was nennt sich „liberal“, spricht von „gleichen Rechten und gleichen Pflichten“ für alle! Alle Pflichten dem Arbeiter, alle Rechte dem Geldsack, das ist die „liberale“ Wirklichkeit!

Von einigen Blättern ist eine Reform des Sicherheitsmännerwesens dahin verlangt worden, daß den Sicherheitsmännern gelegentlich ein Mißgeschick in Höhe des Hauertlohnes, und zum Zeitpunkt, wo sie als Kandidat aufgestellt sind und für die ganze Dauer ihres Mandates die Unkündbarkeit garantiert wird, um sie somit vor jeder Schikanierung zu schützen. Dazu bemerkt das Blatt der Grubenbesitzer:

„Er muß gegen jederlei Schikanen durch Gewährung eines festen Gehaltes geschützt werden.“ Sehr wohl. Wenn er aber nun selbst schikanieren? Wenn er, gestützt auf sein „festes Gehalt“ und seine amtliche Stellung, aber auch getrieben durch das Bestreben, als Abgeordneter des Viten Verbandes und als Mitglied der sozialdemokratischen Partei seine Stellung im Interesse von Organisation und Partei ausbeutet, wenn er, um sich als den rechten Mann zu erweisen, in der Grube für belbe agitiert oder einseitig und schändlich gegen die Interessen der Verwaltung handelt? Müßte der Grubenbesitzer und seine Beamten nicht ebenso gut gegen den seine Stellung mißbrauchenden Kontrollleur geschützt werden? Und müßten nicht ebenso scharfe Strafbestimmungen wie gegen die Beidenverwaltungen auch gegen den schändlichen und sein Amt mißbrauchenden Arbeiterkontrollleur eingeführt werden? Und wie will man das machen, ohne daß in der Grube und auf dem Bergbauwege ewiger Sauf und Streich wegen des Arbeiterkontrollleures herrscht?

Kohlenstaubexplosionen der Gruben West Stanley 1909 und Pretoria 1910.

I.

Das „Comité central des Houillères de France“ entsandte nach der Grubenkatastrophe von West Stanley (16. Februar 1909) und nach der von Pretoria (21. Dezember 1910) eine Studienkommission nach dem Schachtpunkt des Unglücks, die in beiden Fällen acht Tage nach dem Geschehnis dort eintraf. Zu den Mitgliedern der Kommission gehörte auch der Direktor der Versuchsanstalt für Kohlenstaubexplosionen zu Vichy. Die Wahnehmungen über die Einrichtung und den Betrieb der Gruben, die Schilderung des Vorganges und die Erörterung seiner mutmaßlichen Ursachen wurden dann in einem ausführlichen Bericht niedergelegt.

Die Grube West Stanley liegt im Becken von Durham bei der kleinen Stadt Stanley, hat eine Jahresproduktion von 200 000 Tonnen und beschäftigt insgesamt gegen 600 Arbeiter; sie wird in dem sogenannten Longwall-System ausgebeutet. Zurzeit waren die vier Abbaufelder Towneley, Tilley, Busty und Brockwell im Betrieb, von einer Mächtigkeit von 60–90 Zentimeter, deren Lage und Tiefen aus nebenstehender Zeichnung zu ersehen sind. Die Förderung wurde durch zwei Schächte S und E besorgt, von denen E dem Eintritt, S dem Austritt des Wetterstromes diente. Die Abbaue lagen in verschiedenen Richtungen und zwar in 200–300 Meter Entfernung von den Schächten. Zur Streckenförderung benutzte man teils Ketten ohne Ende, teils Pressluftschleusen. Towneley ist mit Busty und Tilley durch je einen Dremaberg verbunden; Brockwell steht nur durch die Schächte mit den anderen Schächten in Verbindung. Die unter Tage befindlichen Maschinen werden von dreifachem Wechselstrom von 550 Volt betrieben, der von einer Dynamomachine (über Tage) den 260 PS geliefert wird. Als Heizkörper hat man Haus und Bohrerr; gearbeitet wird in zwei Schichten, und zwar die eine von 4 bis 10½ Uhr morgens, die andere von 4 bis 4½ Uhr nachmittags. Als Sprengstoff verwendet man Nitrobel (10 Prozent Nitroglycerin, 80 Prozent Ammoniumsalpeter, 10 Prozent Holzkohle), das in England als Sicherheitsprengstoff zugelassen ist, und für das Gestein Sagonit, das jetzt nicht mehr zugelassen ist. Mit dem Laden und Wegkuren der Schiffe waren bestimmte Personen betraut, welche auch die Schlüssel zu den Sprengstoffkassetten und die Patronen in Verwahrung hatten; das Schießen war an keine bestimmte Tageszeit gebunden. Der abfahrende Ventilator zieht 25 Kubikmeter Wetter pro Sekunde aus der Grube heraus, hierdurch gehen 5 Kubikmeter in den oberen alten Schächten verloren. Der Wetterstrom wird in den Schächten herabgeweht und nach den verschiedenen Abbaufeldern geleitet; indessen war zu bemerken, daß nur ein geringer Teil wirklich am Ende der Abbaue ankam. Es ist schwer, über das Aussehen von Schlagwettern in dieser Grube etwas Bestimmtes zu sagen, denn eine Wettermessung mittels Lampe oder einer Analyse wird verweigert; auch ein Wetterregister wurde nicht geführt. Die einzige, ganz primitive Vorrichtung bestand darin, daß eine Stunde vor der Morgenarbeit in jeder Sohle ein Arbeiter die Strecken abging, um das Vorhandensein von Schlagwettern mit einer Marantischen Lampe bei hoher Flamme zu prüfen. In der Sohle Brockwell hatte

Die „armen“ Grubenbesitzer und ihre Beamten, sie müssen durch scharfe Strafbestimmungen vor den „Schikanen“ des Sicherheitsmannes geschützt werden, ergo ist eine Reform in diesem Sinne vorzulegen! Aus dieser geheuchelten Angst vor den „sozialdemokratischen“ Sicherheitsmännern spricht nur das nackte Geldinteresse, die Furcht, die Regierung könnte doch aus Anlaß der Unglücke auf Osterfeld und Lothringen eine Verschärfung der Grubeninspektion vorschlagen, wodurch zwar Menschenleben gerettet, aber die Dividenden sinken würden. Das Unternehmertum weiß recht gut, daß das System der Sicherheitsmänner vollständig wertlos ist, was die „Deutsche Vergwerks-Zeitung“ folgendermaßen einseht:

„Daß die Regierung mit ihren Sicherheitsmännern die Forderung der Arbeiter nicht befriedigen werde, hat jeder Kundige vorzusehen. Selbstheiten befriedigen niemals, weder die eine Partei noch die andere.“

Well die Kohlenbarone eine Grubenkontrolle durch praktische Vergleute fährten, dagegen aber keinerlei stichhaltige Gründe vorzubringen wissen, muß mit dem roten Lappen geschwenkt werden, womit man in Deutschland noch immer Dämonen in so großer Zahl wild machen kann, daß man seinen Red erreicht. Schließlich empfiehlt das Bechenblatt denjenigen Vergleuten, die auf den Posten eines Grubenkontrollleures reflektieren, sich auf den Hosenboden, anstatt auf die Bierbank zu setzen und zu studieren, dann ließe sich darüber reden, ob man nicht, wie in England, Arbeiterkontrollleure ernenne, die unabhängig von allen Parteien seien. Es wäre notwendiger, der Artikelschreiber der „Deutschen Vergwerks-Btg.“ setzte sich auf den Hosenboden, damit er später nicht wieder solches Zeug schreibt und die ganze Schärfermacherzunft blamiert. In England sind diese Grubenkontrollleure nämlich samt und sonders Beamte der Vergarbeiterorganisation und erhalten auch von dieser ihr Gehalt. Außer dem Posten eines Grubenkontrollleures versehen sie vielfach auch den Posten eines Belegschafts- oder Ortskassierers für ihren Verband, sind schließlich im Hauptamt sogar Verbandsagitatoren, wogegen sich die „Deutsche Vergwerks-Btg.“ erst so sehr mehrt, um es nachher selbst zu empfehlen!

In der Stummischen „Post“ geht ein Post-Gesell gar noch einen Schritt weiter. Auch er bespricht in einem längeren Artikel die Frage, ob eine Verschärfung der heutigen Grubenkontrolle notwendig sei und kommt ebenfalls zu dem Resultat, daß es nichts vorzüglicheres auf der Welt gibt, als die heutige Verginspektion. Vor lauter Vorzüglichkeit sammeln sich die Schlagwetter an, explodieren aus lauter Vorzüglichkeit, und weil alles in bester Ordnung ist, werden mehr als hundert Kameraden getötet! Am Schluß seines Artikels fordert dann der Post-Gesell:

„Der ewige Ruf nach dem staatlichen Einschreiten dagegen kann sicherlich nicht dazu beitragen, die Grubenverwaltungen, die bereits so viele und mancherlei freiwillige soziale Pflichten auf sich genommen haben, den Forderungen der Arbeiter günstiger zu stimmen; auf der einen Seite der Schrei und immer weitergehender staatlicher Kontrolle der einzelnen gewerblichen Betriebe, auf der anderen Seite die beharrliche Verneinung jeden Schutzes dieser Betriebe gegen Streik, Terrorismus und andere schöne Dinge.“

Anstatt Schutz für die armen Bergmannsleiber, anstatt Vorbeugung und Verhinderung solcher Massenkatastrophen, Schutz den Arbeitswilligen, Schutz den Streikbrechern, Maschinen-gewehre den Vergleuten!

Verhältnisse der Erzbergleute in Lothringen-Luxemburg.

Ein buntes Nationalitätengemisch drängt sich in dem Eisen-erzgebiet an der Westgrenze Deutschlands zusammen. Der „Verein für die bergbaulichen Interessen Elsaß-Lothringens“ hat im vergangenen Jahre festgestellt, daß von den 15 458 Arbeitern auf den deutsch-lothringischen Minettegruben 9511 (59,5 Proz.) aus Deutschland, 4750 (29,7 Proz.) aus Italien, 1036 (6,5 Proz.) aus Luxemburg, 338 (2,1 Proz.) aus Österreich, 168 (1,0 Proz.) aus Frankreich, 74 aus Belgien, 28 aus Ungarn und 78 aus anderen Vaterländern stammten. Unter den Deutschen befinden sich verhältnismäßig wenig Elsaß-Lothringer, vielmehr sind es Zugewanderte aus dem preussischen Saargebiet, der Elfen, aus dem Ruhrkohlenbezirk, aus Mansfeld, Saalfeld, Rösen, Schlesien und Bayern. Eine Musterkarte von Dialekten ist vertreten.

Die Mannschafszählung des Bergbaulichen Vereins hat aber nur einen bedingten Wert. Es findet nämlich ein unaufrichtiger

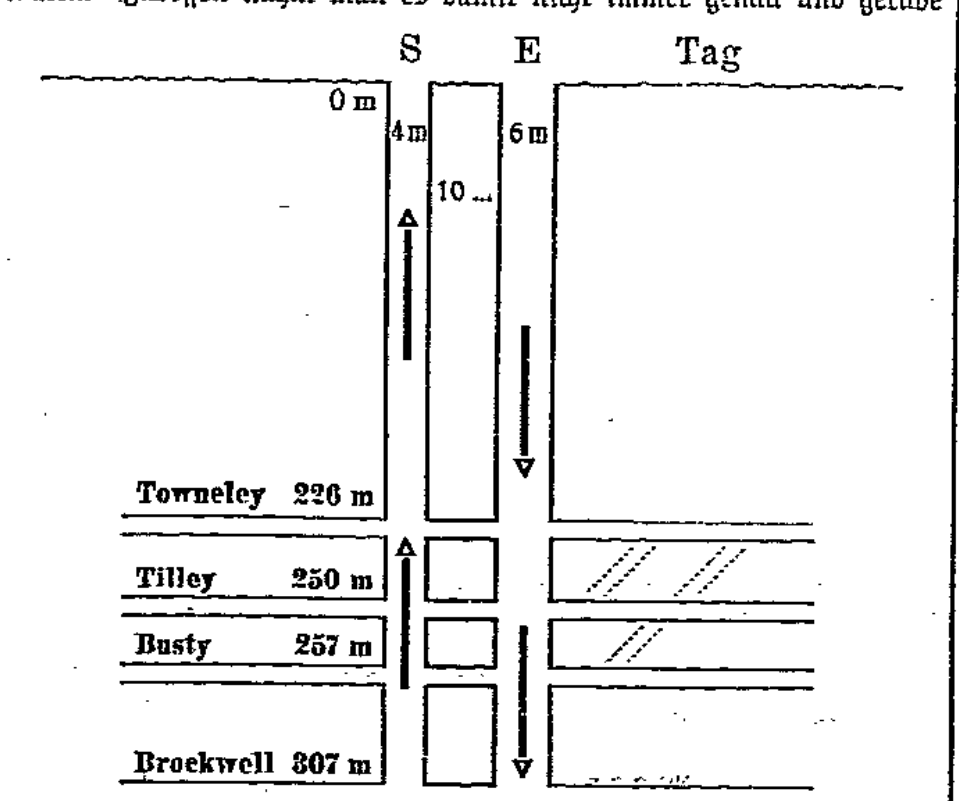
tiefiger Arbeiterwechsel nicht nur innerhalb des lothringischen Grubenbezirks, sondern auch zwischen den auf deutschem Boden und den im angrenzenden Luxemburg und Frankreich liegenden Gruben statt. Leicht begreiflich, denn man kann im Laufe weniger Stunden zwischen deutsches, luxemburgisches und französisches Luxemburg wandern. So trifft man heute Kameraden in luxemburgischen Wohnhaft oder arbeitend an, denen man vor einigen Wochen in Deutsch-Lothringen und noch etwas früher in französischen Vassins de Briey begegnete. Nach dem Ausweis des elsass-lothringischen Knappheitsvereins hatte er 1911 einen Zugang von 13 964 und einen Abgang von 13 117 Mitgliedern. Dieser ungeheuerliche Arbeiterwechsel steht in Deutschland bei spielloß da und beweist so recht, wie ungeregt die Arbeiterverhältnisse in „Wild-West“ noch sind.

In dem Wechsel des Arbeitsplatzes erblickt die Mannschaf immer noch das wirksamste Mittel gegen allzulebte Herrenwillkür. Lohnabmachungen, die den Charakter von seitens zweier Gleichberechtigter abgeschlossener Tarifverträge hätten, gibt es im ganzen Minettegebiet, weder im deutschen und lothringischen noch im französischen nicht. Das Gebot pro Wagen oder Meter wird dem Hauer mit seinen Schleppern vorgeschrieben und wenn es nicht paßt, „der kann gehen“, und er geht meistens. Daher der kolossale Arbeiterwechsel, der im Grunde genommen weder im Interesse der Grubenverwaltungen liegt noch dem Arbeiter auf die Dauer nützt. Wo die Betriebsbeamten extra brutal auftreten, dort geht es zu wie in einem Landbesatz; dort kommt es auch nicht selten zu handgreiflicher Selbsthilfe der schlecht behandelten Arbeiter. Gelegentlich, sich der Rache des zurecht gestuhten Fronvogtes zu entziehen, gibt es genug. Die französischen Gruben, die sich in rapider Entwicklung befinden, nehmen soviel Leute an wie nur kommen. Auch der Wechsel über die luxemburgische Grenze — und entgegengesetzt — ist sehr stark. Man kann sagen, daß sich der größte Teil der Minettegräber dem „ewigen Juden“ gleich, sozusagen ständig „auf Wanderschaft“ befindet. Wo unser Verband, nach unendlicher Mühe, einigen Einfluß innerhalb der betr. Belegschaften erlangt hat und die Betriebsbeamten einsichtige Geschäftsmänner sind, dort ist die Mannschaf etwas stabiler, weil ihren Bedürfnissen einigermaßen Rechnung getragen wird.

Leider ist die Arbeiterschaft für den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation nur sehr, sehr schwer zu gewinnen. Bei den national und sprachlich so gemischten Belegschaften kein Wunder. Im Revier Diedenhofen arbeiteten 1911 neben 3934 Reichsdeutschen 2041 Italiener, 802 Luxemburger, 125 Franzosen und Belgier; im Revier Meß befanden sich unter den 8135 Grubenarbeitern 3381 Ausländer, meistens Italiener, dann Franzosen, Luxemburger und Belgier. Es gibt Gruben, wo 60 bis 70 Prozent der Arbeiter italienischer Nationalität sind. Man muß aber wahrheitsgemäß bekennen, daß die italienischen Kameraden häufig bessere Verbandsmitglieder sind als Zugewanderte aus „Altdeutschland“, die erhaben auf die fremdsprachigen Berufsgenossen herabschauen. Die verhältnismäßig kleine Zahl von Kameraden, die vor ihrer Zuzugewandern schon gewerkschaftlich organisiert war, ist freilich in hohem Maße opferwillig und agitationsfreudig, was alle Anerkennung verdient. Leider gehen auch viele tüchtige Kräfte durch den enormen Arbeitswechsel verloren, d. h. es kostet große Mühe, sie in dem Menschengewoge wieder aufzufinden.

Nach 1905 hatte es der „christliche Gewerksverein“ durch eine außerordentlich eifrige, durch sehr radikale Versammlungsreden unterstützte Agitation verstanden, einen erheblichen Teil der Minettebergleute zu organisieren. Seinezeit mochten wohl 5000 dem „christlichen Gewerksverein“ angehören. Jetzt besitzt er nur noch einige trübselige Überreste dieser Mitgliedschaften. Zweimal hat der „Christengeneral“ Karius, beraten von den Generalfeldmarschällen Behrens und Zmisch, 1907 einen Streik „geführt“. Weidemale war das Ende ein flüchtiges. Die „flugen, besonnenen, überlegenden Führer“ bekamen Angst vor ihrer eigenen Courage und kommandierten den Kampfabbruch mit der schwindelhaften Versicherung, es sei „ein Erfolg erzielt“. Tatsächlich war nichts als eine Masche der „besonnenen“ Generalfeldmarschälle erreicht. Die Verbandsleitung wurde von dem Streikvorhaben nicht benachrichtigt, der „allein berechnete Gewerksverein“ schloß die Verbandsvertreter von den Kampfbereitungen aus, um den „Ruhr“ allein einzuschleimen. Deshalb verließen die Verbandskameraden aber doch keinen Streik, sondern legten die Arbeit mit nieder. Die „christlichen“ Generalfeldmarschälle hatten aber die ganze Bewegung von vorn herein verpöndelt und die Folge war die galoppierende Mitgliedererwindung des „christlichen Gewerksvereins“, der heute

man kurz zuvor Schlagwetter beobachten können. Die Grube schien wenig staubig zu sein; die Strecken und einige Abbaue waren sogar recht feucht; nur die Strecken der Sohle Brockwell enthielten sehr viel Staub. Wo sonst noch solcher vorlief, war er mit einer beträchtlichen Menge Schiefer untermischt. Es wurde, trotzdem dies in England nicht vorgefunden und auch in vielen anderen Gruben nicht Gebrauch war, Wasserbereisung angewandt; ein Arbeiter führte nachts eine Wasserfontäne durch die Strecken und spritzte mit einer Handpumpe, so daß 1–2 Liter Wasser auf den laufenden Meter Streckenlänge kamen. Indessen nahm man es damit nicht immer genau und gerade



Auflage der Grube West Stanley.

in der Sohle Brockwell hatte man es die Nacht vor dem Unglück unterlassen. Im übrigen ist diese Art von Verneinung so geringfügig, daß man sie auch ganz unterlassen könnte. Die Katastrophe trat nachmittags 4 Uhr ein, als 199 Arbeiter unter Tage waren. Aus den Schächten entwich eine dicke Staubwolke, der im nächsten Augenblick eine 15 Meter hohe Flamme folgte. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch aufgehalten, daß die Schächtführung beschädigt worden war und erst repariert werden mußte, ferner auch dadurch, daß keine Respirationapparate vorhanden waren. 21 Arbeiter wurden gerettet; die übrigen 168 kamen um, darunter alle 48 von der Sohle Brockwell.

Die größten dynamischen und Wärmewirkungen fanden in der Nähe der Schächte statt und wurden in einiger Entfernung von ihnen merklich schwächer; die Verbreitung fand auch nur durch die Schächte und durch die Strecken, die in der Nähe der Schächte zusammenstießen,

statt. Umfahrungen der Explosionswelle, die in anderen Explosionen schon den Teilbestand verurteilten, fanden hier nicht statt. Auf der Sohle Towneley zeigten sich in den beiden südlichen Abbaue keine Wirkungen, im Westabbau waren die Arbeiter auf der Flucht gestoben und zwar in ziemlich großer Entfernung von ihrer Arbeitsstelle. Auf Sohle Tilley blieben die Arbeiter, geschützt von den Gasen, alle am Leben. Auf Sohle Busty fand man alle Leichen in der Nähe ihrer Arbeitsstelle, manche mit starken Brandwunden; die Flammen sind also hier weiter eingedrungen. Die Richtung der weggeschleuderten Gaskugeln zeigt, daß der Explosionsstoß auch hier vom Schacht her kam. Daraus mag man ersehen, daß die Explosion in keiner der drei oberen Sohlen ihren Anfang genommen haben kann. Trotzdem glaubten die Ingenieure, daß die Explosion von einem Punkt auf Sohle Towneley oder Busty ausging, weil an diesen beiden Punkten die dynamischen Wirkungen sehr stark waren. Dieser letzte Grund ist durchaus nicht stichhaltig, denn die größte Zerstörung hängt von vielen Umständen ab und ist keineswegs an den Anfangspunkt gebunden. Weiter fehlen hier jedoch alle Voraussetzungen für das Entstehen einer Explosion. Als Ursache wurde an diesen Punkten angenommen, ein Rührschacht habe die elektrische Leitung stark beschädigt, so daß ein Funke den gleichzeitig aufgewirbelten Kohlenstaub zur Entzündung brachte. Diese Erklärung ist sehr gesucht, wobei noch zu bemerken ist, daß der Leitungsbau sehr stark umspannen und in Rührschächten gelegt war. Wie also nur noch die Sohle Brockwell. Sie hatte im Süden drei durch die Wetterführung verbundene Abbaue. Die Leichen zeigten zum Teil Brandwunden; die übrigen Momente wiesen darauf hin, daß auch hier die Explosion vom Schacht her kam. Anders in Brockwell, wo hier war die Richtung weder vom Schacht her noch genau zu diesem hin, sondern transversal. Es waren große Verwundungen angetroffen und die Leichen wiesen schwere Verletzungen auf. Man kann daraus schließen, daß die Explosion von hier ausging; diese Ansicht ist jedoch durch verschiedene Gründe zu widerlegen. Die Kruppen, die durch Verletzung des aufliegenden Kohlenstaubes entstehen, bilden sich immer auf der Seite des Falges, die nicht direkt von der Flamme getroffen wird, und geben einen Anhalt für die Richtung der Explosion; auf Sohle Brockwell waren sie wegen ihres Staubreichtums besonders ausgeprägt. In dem Parallelgang zur Nordförderstrecke läßt sich hier eine Flamme nachweisen, die zum Schacht hin führte; sie geht durch einen Verbindungsgang zur eigentlichen Förderstrecke und bergwärts sich hin, indem ein Teil zum Streckenort, der andere zum Schacht hin geht. Die Ursache der Explosion denken wir uns nun so: Brockwell war sehr staubig und zudem seit 48 Stunden nicht belüftet worden. Schlagwetter waren dort öfters zu beobachten; es herrschte zwar damals gerade kein niedriger Luftdruck, indessen war man mit dem Abbaue der Kohlenpfeiler beschäftigt, so daß leicht an ein Ausströmen großer Schlagwettermengen zu denken ist. Diese wurden durch eine elektrische Sicherheitslampe zur Entzündung gebracht. Von den dort vorgefundenen Sicherheitslampen war eine nach dem veralteten System von Zündnadeln solchen von Marjant. Da die Lampenkontrolle keine besondere war, kann auch eine Lampe in schadhaftem Zustand gewesen sein. Die Schlagwetterexplosion entzündete dann den Kohlenstaub und führte so die Katastrophe herbei. Daß es sich bei dieser um Kohlenstaub handelt, ist ganz offenbar, schon deshalb, weil kein Umstand für die Verbreitung von Schlagwettern in der ganzen Grube spricht.

Im Minettegebiet vollständig bedeutungslos ist. Leider hat die gewerkschaftliche Unfähigkeit der „christlichen“ Generalsfeldmarche hinterher auch noch die Organisationsunlust der Verlegenschaften vergrößert und so der Gewerkschaftsbewegung allgemein schweren Schaden zugefügt. Die Organisation des Massenstreiks bruch im Ruhrgebiet hat die Streikbrecherkreise in Vorbringen nun um den Kredit gebracht.

Der Bergbauverein gibt sich alle Mühe, die Entlohnung der lothringischen Erzbergleute als eine sehr gute anzupreisen. Die durchschnittlichen Schichtverdienste haben betragen für

	1911	1910	1907
Gauer	6,90 Mk.	6,88 Mk.	6,73 Mk.
Schlepper	5,80 „	5,63 „	5,39 „
Gauer und Schlepper	6,22 „	6,10 „	5,98 „
Sonst. Unterlagssarb.	4,41 „	4,34 „	4,13 „
Tagesarbeiter	4,22 „	4,13 „	3,90 „
Gesamtschicht	5,49 „	5,43 „	5,23 „

Durchschnittsverdienste über 6 Mark pro Tag erzielen, wie man sieht, nur die Gauer, das waren 1911 nur 28 Prozent der Gesamtschicht. Vergleicht man die Verdienste der höchsten Lohnklasse (Gauer und Schlepper) in den verschiedenen Revieren, so stellt sich folgendes heraus. Es betrugen die Gauer- und Schlepperlöhne im Jahre 1911

	pro Schicht	im Tage
In Oberschlesien	3,98 Mk.	1094 Mk.
im Ruhrgebiet	5,55 „	1666 „
im Saargebiet	4,60 „	1298 „
im lothringischen Erzgebiet	6,22 „	1690 „

Danach ist der Schichtverdienst im Minettegebiet am höchsten, während der Jahreslohn im Ruhrgebiet den höchsten Stand hatte. Hier zeigt sich aber wieder mal die Wahrheit des nicht oft genug zu wiederholenden Lehrsatzes: Wo die meisten Schichten verfahren werden, da ist der Schichtverdienst nicht am höchsten! Der lothringische Erzbergmann (Gauer und Schlepper) hat nämlich 1911 durchschnittlich 257 Schichten verfahren, der Gauer und Schlepper im Ruhrgebiet aber 300, also 43 mehr wie sein lothringischer Kamerad!!! Für diese 43 Schichten mehr erhielt der Ruhrbergmann ganze 66 Mark mehr!! Je höher die Schichtenzahl, desto geringer der Verdienst pro Schicht! Das sieht man auch speziell in Lothringen. Hier entfielen 1911 auf die

	Schichtverdienst	Jahresverdienst	Schichtzahl
Gauer und Schlepper	6,22 Mk.	1600 Mk.	257 Mk.
Sonst. Unterlagssarb.	4,41 „	1380 „	313 „
Tagesarbeiter	4,22 „	1326 „	315 „

Diese Lohn- und Schichtziffern sollten sich alle Kameraden fest einprägen, die des höchsten Glanzes sind, durch möglichst viel Heberhölchen ihr Lohnvermögen verbessern zu können.

Es muß auch gesagt werden, daß die hiesigen Erzbergleute, wenn sie ihre regelmäßigen Schichten einhalten und was verdienen wollen, an herkömmlich schwerer Schicht nicht müßig sind! Die Mühserei ist so außerordentlich, daß die jetzige 8½-9stündige Schicht sicher zu lang ist. Im Ruhrgebiet ist die Zahl der durchschnittlich verfahrenen Grubenstunden pro Arbeiter geringer wie in Deutsch-Lothringen. Die Löhne sind aber gerade deswegen höher. Der durchschnittliche Schichtverdienst der Gauer und Schlepper in Augenburg hat betragen

1905	7.—	Franks	1910	8,10	Franks
1908	7,87 „		1911	8,16 „	

Das sind pro 1911 auf die Schicht circa 6,50 Mk., also 28 Pf. mehr wie in Deutsch-Lothringen. Diesen Löhnen stehen aber auch gewaltige Leistungen gegenüber. Auf den Kopf des zugewanderten Erzbergmanns entfiel 1911 eine Förderung von 1164 Tonnen im Werte von 3551,87 Franks. Aber auch die Leistungen der deutsch-lothringischen Erzbergleute sind ganz bedeutende. Es wurden nämlich 1911 in einer Gauer- und Schlepperschicht 6,61 Tonnen, gegen 6,55 in 1910 gefördert und auf pro Kopf der Gesamtbelegschaft entfielen 1910: 4,66, 1911: 4,14 Tonnen! Zu welchem Preis die Tonne verkauft wurde, kann der Bericht des Bergbauvereins nicht angeben, weil das meiste Erz nicht in den freien Handel kommt, sondern von den mit den Zechen zusammenhängenden Gütern verbraucht wird. Der zugewanderte Erzpreis stand 1911 auf durchschnittlich 2,45 Mk. pro Tonne. Denselben Verhältnisswert hat die lothringische Minette mindestens. Rechnen wir auch nur 2,40 Mk. als Tonnenpreis, so kommen fast 11 Mark durchschnittlicher Leistungswert pro Mann und Schicht der Gesamtbelegschaft heraus, während der Durchschnittslohn 5,49 Mark betrug. Geht es nicht also dem Erzgräber nichts, er muß sich tüchtig quälen.

Darum auch die sehr hohe Unfallziffer! Es sind 1911 auf pro 1000 Arbeiter 120,6 Unfälle angemeldet worden, davon 51 oder 3,70 pro 1000 Arbeiter tödlich, gegen 2,40 im Vorjahre! Eine erschreckend hohe Unfallziffer! Eine Folge der schweren Mühserei!

Bei Betrachtung der Löhne ist die Berücksichtigung der hiesigen Lebenshaltungskosten vonnöten. Die Preise für Brot, Fleisch, Eier, Gemüse, Kartoffeln usw. sind außergewöhnlich hoch und sie steigen noch immer. Sind die Löhne hier zum Teil etwas höher wie in „Altdeutschland“, so kostet der Lebensunterhalt hier erheblich mehr. Das werden alle zugewanderten Kameraden noch mehr ihre über die hiesigen hohen Nahrungsmittelpreise entsetzten Hausfrauen bestätigen. Noch dazu sind die Wohnungsbeträge vielfach miserabel trotz der hohen Mietpreise. Manche „Wohnungen“ gleichen eher Viehküsten als menschlichen Behausungen.

Das wird auch nicht eher besser werden als bis sich die Kameraden im Minettegebiet ohne Unterschied der Nation und Muttersprache dankend organisieren im Verbands der Bergarbeiter Deutschlands.

Der „culturame“ Klerikalismus.

Die „Katholikentage“ sind verrückt. Das „heilige Machen“ widmet sich wieder seinem Alltagsleben, das übrigens weit weniger, wie die Geschäftsleute erwarteten, durch die „herrlichen Festtage“ tangiert worden ist. Die hiesigen Geschäftsleute klagen seit allgemein über ihre finanziellen Mißerfolge während des Katholikentages. Sie haben sich goldene Berge versprochen, es sind nur hyphäre geworden. Doch das nur nebenbei. Mühe die schwer enttäuschte Machener Geschäftswelt sich über ihr Fiasko mit den arrangierenden Oberkatholiken auseinanderzusetzen. Uns kommt es darauf an, auf den verflochtenen Klerikalen Parteitag ein Streiflicht zu werfen, das ihn dem Verständnis der Gutgläubigen und der Armen im Geiste näher bringt.

Kaum ein Wort ist in den öffentlichen und geschlossenen Verhandlungen der Klerikalen Dröhlzieher häufiger gefallen und häufiger bekräftigt worden als das von dem „Zusammenhänge der beiden christlichen Konfessionen im Kampfe gegen den Unsturz“. Nicht etwa nur „Toleranz“ sei, so hieß es, dem Katholikismus eigen gegenüber der „anderen Konfession“, sondern ihr würde völlige Freiheit und vollkommene Achtung ihrer religiösen Meinungen zugesprochen. Es waren Redner aus Deutschland wie aus dem nahen Ausland, die behaupteten, wo der „katholische Gedanke“ herrsche, dort erfreuten sich die Andersgläubigen der denkbar weitgehendsten christlich-brüderlichen Behandlung. Der

als verfolgungsfähig und unbulldam verurteilte Klerikalismus zeige sich in Wirklichkeit durchaus tolerant gegen die Anhänger anderer religiöser Bekenntnisse; auch von irgendwelchem Terrorismus gegen politische Gegner sei bei den Klerikalen Parteigenossen absolut nichts zu hören. Die Redner fanden „begeisterten Beifall“ bei der überaus toleranten Verurteilung. Immer wieder klang an die Ehren der „evangelischen Mitbürger aller Länder“, die Aufforderung, sich auf dem „gemeinsamen Boden der christlichen Weltanschauung“ den Klerikalen als „treue Bundesgenossen“ „gegen das schleichende Gift des Unglaubens zum Schutze von Thron und Altar“ zur Verfügung bereit zu stellen.

Wer diese Veteuerungen der Toleranz und der Achtung gegenüberlicher Überzeugung mitanhört und selbst als Gegner in einer Domäne des „durchdrungenen“ Klerikalismus domiziliert, der mußte unwillkürlich anrufen: Er lebe die Welt je mal als eine größere Henschel! 21 Tausendfältig können wir aus den Klerikalen Herrschaftsgebieten von Köln bis Nachen den bis zur wirtschaftlichen und moralischen Vernichtung des Gegners ansetzenden klerikalen Terrorismus belegen. Zumal in den Tagen, wo sich die „Kölner“ und „Berliner“ selbst gegenseitig fanatische Verfolgungswort nachweisen, klingt die Veteuerung der Toleranz gegen Andersgläubige von der Tribüne des Klerikalen Parteitag doppelt unglaubwürdig.

Ein Schachtunglück auf Zeche Alma.

Am 29. August, abends zwischen 8 und 9 Uhr, ereignete sich auf der Zeche Alma, Schacht V, beim Abteufen ein Unglück, wobei fünf Bergleute getötet und einer schwer verletzt wurde. Zwei Kameraden unseres Verbandes entgingen nur mit knapper Not durch große Geschwindigkeit dem gleichen Schicksal.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets machen ein Jahr harter Prüfung durch. Es scheint, als sollten sie vom Schicksal verfolgt und niedergeschmettert werden. Erst das Niederknüppeln ihres hoffnungsvollen Kampfes im Frühjahr, das Wüten der Streikjustiz, die nicht davor zurückschreckte, Frauen mit Säuglingen an den Prüfen in die Gefängnisse zu werfen. Und nun hält der Tod, sie gleich zu Tausenden und Hunderten niederstreckend, Ernste unter ihnen. Erst alle der Wetterstrahl auf Oberfeld und fiedle 16 Bergarbeiter tot, weitere 12 wurden schwer verletzt. Dann folgte das Unglück auf Lothringen mit seinen 13 Toten und noch 19 überlebenden Verletzten. Auf Kaiserstuhl verunglückten durch Einsturz der Steinhölle 12 Mann. Auf Zeche Alma wurden durch Wetterentzündung ebenfalls drei Mann getötet und zwei verletzt. Täglich kann man aber außerdem noch in den Zeitungen lesen von Eingeknüllungen. Es vergeht kein Tag, wo nicht einige Bergleute in der Grube ihren Geist aushauchen. Der Blutstrom fließt unaufhörlich.

Nun wieder durch Sturz in den Schacht auf der Zeche Alma in Seifenkuchen fünf Tote und ein schwer Verletzter! Wie kam dieses Unglück? Man ist dort mit dem Abteufen des Schachtes V beschäftigt. Der Schacht ist schon bis zur achten Sohle niedergebracht und wurde das Füllort ausgehoben. Von der Sohle, wo das Füllort angeliegt bis zur Schachtsohle ist noch eine Tiefe von 16 Metern. Der offene Schacht ist mit einer Wähne zugedeckt. Man hatte geschlossen. Die Steine fielen auf die Wähne. Die Schachthauer hatten nach Abtun der Sprengschüsse schon mehrere Kubel Steine weggefahren, als sich die Wähne bewegte und in die Tiefe stürzte. Zwei Mann konnten die Kibelführungsseile erfassen und sich daran festhalten, während sechs in die Tiefe stürzten, wovon fünf getötet und einer schwer verletzt wurde.

Die Verwaltung teilt nun mit, daß die Wähne durchbrochen sei. Die Wähne ist aber auch unseres Erachtens zu schwach gewesen. Sie bestand aus 15 Trägern, welche aus Tannenholz waren und darüber waren 9 Bohlen, ebenfalls aus Tannenholz, gelegt. Auch muß die Befestigung der Wähne eine sehr große gewesen sein.

Unter allen Umständen aber muß gefordert werden, daß als Träger zu verarbeiteten Wähnen kein Tannenholz verwendet wird. Auf eine Länge von 6 Metern sind Träger aus Tannenholz, auch wenn sie eine Stärke von 16x20 Zentimeter haben, zu schwach. Es ist unbedingt notwendig, daß zu Trägern derartiger Wähnen Eisen, zum mindesten aber Eichenholz verwendet wird. Wir sind überzeugt, hätte man derartige Träger gehabt und noch einige mehr gelegt, das Unglück wäre nicht passiert.

Die „Gesellschaftlicher Zeitung“ versucht, dieses Unglück schon wieder als eine Fügung Gottes hinzustellen. Sonderbare Geistes, diese Zentrumsdröhl!

Die Namen der Toten sind: August Mertens, Wilhelm Köster, Karl Bahr, Johann Kubitzki und August Heihaus. Schwer verletzt ist Franz Rutschak. Heihaus und Rutschak sowie die beiden getöteten Kameraden gehörten dem Verbands an.

Man wird auch an dieser Grube die armen Bergleute beklagen. Besserer Lebensschutz wird aber nicht eher den Bergarbeitern zuteil werden, bis sie sich denselben selbst erkämpfen. Geloben es doch endlich die Heberhölchen an den Massengräbern ihrer so früh auf dem Schlachtfeld der Ehre gefallenen Kameraden, für Grubensicherheit und Lebensschutz den Kampf aufzunehmen.

Der Zufall wollte es aber, daß am selben Tage, wo der Tag der Toleranten“ eröffnet wurde, ein paar Begleitenden abwärts von hier, im holländischen Geerlen, die Gesinnungsgenossen der „Toleranzbekenner“ eine Probe ihrer „Achtung der gegnerischen Überzeugung“ ablegten. Am Sonntag, den 11. August, hatte nämlich die Zeitung der sozialistischen Arbeiterpartei für Süd-Niederrhein nach dem Industriepark Geerlen eine große Wahlrechtsversammlung einberufen. Annähernd 2000 Männer und Frauen fanden sich von nah und fern ein, für den sozialistischen Bezirk eine großartige Beteiligung. Die Zusammenkunft mußte infolge der hier gebräuchlichen Klerikalen Saalabtreiberei unter freiem Himmel, auf einer Wiese, stattfinden. Es sprachen Kollege Dr. Th. v. d. Waerden-Amsterdam über die allgemeine politische Lage in Holland und die politische Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts, Kamerad Otto Hue-Essen über den Zusammenhang der Arbeiterschutzesgebung mit einer starken Arbeitervertretung im Parlament, Kollege J. Desjardins-Lüttich über die holländischen Wahlrechtskämpfe und Frau Vachnis-De-Loos-Jandam über das Frauenwahlrecht. Um die Wiesen herum saßen allmählich einige hundert Klerikale Parteigänger, darunter viele halbwegsige Burischen, gekammert. Sie verhielten sich ruhig und saßen da, damit die Redner sich nicht beneidet werden konnten. Die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten oder sich zu entfernen, beantworteten die Klerikalen Jünglinge mit ironischen „Nacht“ und „Gurra“, wüßten Gelehrte ertönte fast ohne Unterbrechung. Zwischendurch hörte man Drehorgeln, Schlägen mit Teppichbällen, großes Weisen, Blasen freischwender Kundentrompeten und ähnliche liebliche Geräusche.

Waren die Darmmacher von unseren Kameraden aus der unmittelbaren Nähe des Versammlungsortes vertrieben, dann ging der Spektakel in einiger Entfernung mit verstärkter Kraft los. Nach kurzer Zeit waren die „Toleranten“ aber wieder näher an die Rednertribüne herangerückt. Unter diesen Umständen war es den Rednern natürlich äußerst schwer, sich verständlich zu machen. Selbst dem Ortspolitiken, der die Madonnenherren zur Ruhe auf-forderte, fehlten die „der Obrigkeit allzeit Getreuen“ aktiven Widerstand entgegen, blieben am Platze und hörten mit dem wüßten Karm nicht eher auf, als bis die Versammlung geschlossen war. So geschahen einige Stunden abwärts vom Ort des Katholikentages, im Klerikalen Hochkulturgebiet Süd-Niederrhein, während in Nachen sich die Erzähler der wüßten Terroristen als die Toleranten par excellences aufspielten.

Man mag diese „toleranten“ Madonnenorgie mit den erhöhten politischen Leidenschaften entschuldigen; wir möchten allerdings anderen Parteianhängern nicht raten, ein Gleiches anzustimmen. Außerordentlich charakteristisch für die Klerikale „Toleranz“ gegen religiös Andersgläubige ist ein Vorfall, der sich am 4. August im nahen Rerke (Kirchath) abspielte. Dort sollte der auf der anliegenden Grube tödlich verunglückte Bergmann Johann Luther beerdigt werden. Der Verunglückte war ein braver Arbeiter und ruhiger Bürger. Er besaß aber einen großen Fehler in den Augen der „Toleranten“ — er war protestantischer Konfession! Schwere durch seine Erfahrungen, deren wir noch gedenken, hatten die Angehörigen und der Hausherr des Verstorbenen um polizeilichen Schutz für das Trauergeselle gebeten.

Daß dies nötig war, zeigten die Geschehnisse. Die von dem Trauergeselle passierten Straßen waren von dem Klerikalen Pöbel besetzt, der die Leidtragenden, die ohne irgendwelche Demonstration ruhig dahingingen, mit Hohnen und Gelächter empfinden und begleitete! Halbwegsige Klerikale Jünglinge liefen lachend neben dem Leichwagen her! Die Gendarmen mußte den Kirchhof absperrten, um eine weitere Störung der Beerdigung des „lutherischen Hebers“ zu verhindern! Nach der Beerdigung fragte ein Mitglied des Trauergeselles einen ihm bekannten Burischen, der mitgekommen war, warum er sich so unanständig benommen habe. Der Burische sagte, der Beerdigte sei ein evangelischer „Brüder“ (Brüder) gewesen, die Evangelischen seien keine Christen, sondern in alle Ewigkeit verlorene Seelen!!! Aus dieser Antwort sind die intellektuellen Urheber des Skandals zu erkennen.

Vor zwei Jahren wurde in Kerkrade ein evangelisches Kind bestattet. Eben die Erfahrungen bei diesem Begräbnis veranlaßten die Angehörigen des verunglückten Luther, für dessen Begräbnis um polizeilichen Schutz zu bitten. Als nämlich jenes Kind beerdigt wurde, spielten sich auf der Straße und am offenen Grabe unbeschreibliche Klerikale Exzesse ab. Zahlend begleitete ein Klerikaler Haufe den Sarg bis auf den Kirchhof, belästigte den evangelischen Geistlichen und insultierte das Trauergeselle. Der Pöbel ließ nicht einmal die Eltern des verstorbenen Kindes an das Grab heran! Nachher fanatisierte Burischen sprangen sogar in das Grab und warfen mit Steinen!!! Evangelische, zumal wenn es „Brüder“ sind, rechnen hier der zur „Toleranz“ erzogene Klerikale Parteigänger nicht zu den Christenmenschen, insoweit müssen diese „Heber“ in einer separaten Ecke des Friedhofes, in der „Selbstmörderherde“ sagen bitter die Hinterbliebenen der insultierten Verstorbenen, beerdigt werden! Vor den verstorbenen „evangelischen Brüder“ braucht der Klerikale Pöbel also keine Achtung zu bezeugen. Deren Beerdigung darf er zu einem Ortsanfall gestalten, ohne daß die Hochwürden dagegen einschreiten. Wenn der Klerikale diesem Skandal steuern wollte, er könnte es sehr leicht bei seiner großen Gewalt über die fanatisierten Burischen. So aber müssen sich die „evangelischen Brüder“ bei Lebzeiten von dem Klerikalen Pöbel Weichschimpfungen bieten lassen und eine ungehörige Beerdigung der Verstorbenen muß, wie die Fikura lehrt, mit polizeilicher Hilfe erzwingen werden.

Dieses Klerikale Hochkulturbild aus einer pechschwarzen Domäne wollten wir der Öffentlichkeit zur Ergänzung der Toleranzreden auf dem Katholikentag unterbreiten, damit die Gutgläubigen und die Armen im Geiste erkennen, welchen herrlichen Zeiten das deutsche Volk unter dem Regiment Bethmann-Hollweg, den Vertrauensleuten der römischen Klerisei, entgegengeführt wird.

Die „Majorsecke“ des Arbeiters.

Unsere Großunternehmer haben ein „hohes, soziales Verantwortlichkeitsgefühl“ — so versichern uns zum Heberdruck häufig die Adressen in den Werksblättern. Wie das gepriesene hohe soziale Gefühl der Unternehmer aussieht, kennzeichnet am besten ihr Verhalten, nur junge Arbeiter einzustellen, die älteren dagegen möglichst beim Arbeitsmarkt auszuscheiden. Der Grund für diese Entscheidung liegt klar auf der Hand. Der junge Arbeiter mit seiner unverbrauchten Kraft kann mehr leisten als ein alter; das Kapital, das der Unternehmer in Form von Arbeitslohn anlegt, verzinst sich bei jungen kräftigen Arbeitsteuten besser und schneller, als bei alten und halbverbrauchten. Die Altersgrenze, bis zu welcher die Großindustrie und das Handwerk Arbeiter einstellt, ist verschieden. Je früher das Angebot von Arbeitskräften in einem Beruf ist, desto wählerischer sind die Unternehmer, um so größere Ansprüche stellen sie an die neu einzustellenden Arbeiter hinsichtlich ihres Alters.

Das mag wohl auch der Grund sein, daß im Bergbau mit seinen sonstigen rücksichtslosen Unternehmerpraktiken die Grenze für neu anzustellende Arbeiter „nur“ auf 40 Jahre festgesetzt ist. Die Bergbauindustrie ist bei ihrer fortschreitenden großen Ausdehnung so sehr auf starken Zufluß neuer Arbeitskräfte angewiesen, als daß sie allzu wählerisch sein könnte. Auf „hohes soziales Empfinden“ in es darum gewiß nicht zurückzuführen, wenn einzelne neu errichtete Werke diese Altersgrenze sogar noch hinaufsetzen und über 40 Jahre alte Leute als Bergarbeiter neu anlegen. Der Verbrauch der Arbeitskraft ist im Bergbau so groß, daß andererseits die Werksbetriebe gar nicht genug Arbeiter bekommen könnten. Sagte doch der einstige Werksführer des rheinisch-westfälischen Zechenkapitals, im Reichstage, der Bergwerksdirektor Bildt: „Wenn ein Bergmann mit 40 Jahren noch fähig ist, Kohlen zu hauen, dann hat er als Arbeiter seine Pflicht und Schuttpflicht nicht getan.“ Ein solcher Arbeiter ist also nach der Meinung jenes nationalliberalen Geldbesetzers nicht mehr als ein alter Kerl gewesen, der seine Arbeitskraft geschenkt hat!

Die Auffassung, daß die Arbeitskraft eines Arbeiters, mit 40 Jahren fast aufgebraucht ist, herrscht im Unternehmerlager vor. Wenigstens sind sie fast allgemein der Ansicht, daß es sich nicht mehr lohnt, über 40 Jahre alte Leute noch einzustellen. Ein bürgerlicher Sozialreformer nannte voriges Jahr dieses Alter „die Majorsecke des Arbeiters“, und er hatte damit nur zu sehr recht! Freilich — etwas hinter die Vergleich zwischen dem abgeklärten Offizier und dem ausgearbeiteten Arbeiter. Denn der erlere erhält doch bei seiner Entlassung eine Pension, von der er wenigstens leben kann und nicht hungern braucht. Außerdem stehen ihm auch als altem Manne noch mancherlei Erwerbszweige offen, die einen guten Verdienst abwerfen. Man denke nur an die Reichsversicherungsordnung, die in den Versicherungsämtern und Krankenkassenverwaltungen eine sichere Erwerbsquelle für Offiziere geschaffen hat.

Was aber soll der Arbeiter anfangen, wenn er mit 40 Jahren oder etwas darüber nirgends mehr eingestellt wird? Hier ist schon sehr weit von seiner körperlichen Kraft heruntergekommen, dann hat er vielleicht das „Glück“, als Invalid anerkannt zu werden und als solcher eine jämmerlich geringe Rente zu beziehen, die kaum für trodenes Brot ausreicht. Erklärt aber der Arzt, daß er noch das „berühmte Drittel“ verdienen könne, ist es auch damit nichts. Wo er dieses „Drittel“ verdienen soll, ist dann seine eigene Sorge — die Rente und die übrige Gesellschaft kümmert dies nicht. Da geht denn der an seiner „Majorsecke“ gequälte Arbeiter und sucht. Aber so gut

er den Arbeitgeber seines Berufes zu alt war, ebenso finden das alle anderen Unternehmer, an die er sich etwa wendet. Er arbeitet, wo er etwas findet, wird zuletzt Gelegenheitsarbeiter und Gelegenheitsarbeiter. So mancher dieser Gelegenheitsarbeiter, der als Arbeiter ein braver Mensch war, wird dann in der aufgewungenen unglücklichen Lebensweise zum Trinker und Vagabunden. Allerdings — tritt er die Gasse unserer schönen städtischen Weltordnung dann etwa mit Füßen, so nimmt sie die Sorge um sein seelisches Wohl wieder in ihre gültigen Hände. Arbeitshaus, Gefängnis und Zuchthaus öffnen dem „Verkommenen“ ihre gastlichen Pforten — dort findet er das vernünftige Brot endlich wieder.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ und andere Unternehmerblätter fauchen den oben erwähnten Sozialreformer wilden an, daß er mit seinem Wort von der „Majorität“ auf diese schrecklichen Verhältnisse des Arbeiterstandes hingewiesen habe. Die Kapitalistenorgane suchen abzustreiten, daß die Unternehmer seien, die so viel Elend heraufbeschwören mit ihrer „Vorrede“ für junge Arbeiterkinder. Als ob es da etwas abzustreiten gäbe, wo tagtäglich der Nachweis geführt werden kann! Freilich, das Märchen von ihrem „hohen sozialen Verantwortungsbewußtsein“ möchten sie gar zu gern weiter am Leben erhalten. Erhoffen sie doch immer noch, daß die gewaltigen Konflikte zwischen dem Kapital und der unterdrückten Menschheit sich in Wohlgefallen auflösen lassen. Und dazu dünkt ihnen ihr Lügenmärchen wertvoll. Es gibt aber wirklich nichts mehr zu leugnen. Sollten das die Repräsentanten der Unternehmerorgane nicht glauben, so können sie ja die Probe aufs Exempel versuchen. Dr. Fritz Kuhn und seine Kumpane müßten sich doch den Arbeitshäusern anschauen und auf den Vertrieben der Großindustrie um Arbeit anfragen. Sofern sie über 40 Jahre oder noch älter sind, werden sie todsicher von den Sachwaltern ihrer heutigen Ehre und Ehre abgewiesen. Dieses Schicksal blüht ihnen selbst dann, wenn sie ihre „gute kapitalistische“ Gesinnung amtlich beglaubigt vorgelegen können. Also probiert es mal, ihr klugen Herren! Janitz gleich bei der Friedrich-August-Hütte in Oldenburg an. Diese Hütte (Arbeitgeber-Zeitung) wie ihr aus einem Inserat in der „Deutsche Treue“ (Nr. 34 vom 18. August) ersieht könnt:

„Unsere Metallhütte sucht kräftige, verheiratete Arbeiter, nicht über 35 Jahre alt, bei gutem Lohn und dauernder Stellung. Arbeitszeit 8-8 Stunden. Gesunde Wohnungen mit Ackerland und Stall sind vorhanden. Williger Lebensmittelpreis im Werkstoffmarkt. Metallwerke Untermeiser A. G.“

Friedrich-August-Hütte (Oldenburg).“

Was heißt das nun? Die Metallhütte entpuppt sich höchst wahrscheinlich als ein wahres Arbeiterparadies mit Werkstoffmarkt, kurzer Arbeitszeit, gutem Lohn und Ziegenstall. Alles, was so ein gelbes unterlandisches Arbeiterherz erfreuen kann, ist vorhanden. Es fehlt an gar nichts — nur hübsch jung müssen die unterlandischen Knaben sein, wenn sie in dieses Paradies einschleichen wollen. Was aber geschieht mit jenen braven Vätern, die über 35 Jahre alt sind und darum nicht eingestellt werden? Da die Metallhütte nichts davon erwähnt, daß sie für 35jährige Familienväter ein Alldienst errichtet hat, in dem sie Unterkunft finden, findet sie jedenfalls gar nichts dabei, wenn die braven gelben Leber der „Deutsche Treue“ schon mit 35 Jahren als Arbeiter ausgereizt werden und an der „Majorität“ zum Stolpern kommen. Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll: Die Unternehmer, die auf solche Art „hohes soziales Verantwortungsbewußtsein“ anpreisen, die Redaktionen eines — wenn auch gelben — Arbeiterblattes, die ein solches Inserat aufnimmt, oder jene Arbeiter, die trotz dieser gähnigen Werberklärung der eigenen Person solchen „Arbeiterfreunden“ noch nachlaufen.

Man sollte meinen, solche freche Herausforderung müßte auch den stumpfsinnigsten Arbeiter zum Aufschanden bringen! In dem Alter, wo jeder weise Mann noch militärische Pflichten hat, wo er im Notfall noch mit der Waffe in der Hand eintreten muß für die Verteidigung des Landes, da wird ihm zugemutet, zurückzutreten bei der Vergebung von Arbeit und Brotverderb! „Vaterländische Gesinnung ist uns schon recht, wenn sie uns nur nebenbei auch etwas einbringt. Zur Bekämpfung der Unzufriedenheit sind wir vaterländischen Arbeiter uns schon willkommen; aber nebenbei müßt ihr auch jung und stark sein, damit uns eure Arbeit auch den rechten Segen bringt.“ So sagt mit anderen Worten das Inserat in dem gelben Blatt. Ein Arbeiter, der dies zugetragen vermag, ohne die Zähne zu knirschen, dem ist nicht zu helfen und der ist auch nicht zu bezaubern, wenn er an der „Majorität“ zum Fallen kommt.

Volkswirtschaftliche Mundschau.

Recht Pferdefleisch!

Das ist der kategorische Imperativ, den die glorreiche Wirtschaftspolitik der Regierung den Arbeitern zursagt. Wir haben in der Tat herrlich weit gebracht. Deutschland in der Welt voran! Wir marschieren wirklich an der Spitze. Es ist erreicht, wir haben die höchsten Brot- und Fleischpreise. Nach jedem Marktag verfluchen die Fleischer, daß der Schweinepreis jede weitere Notierung überflüssig hat. Und nun können wir der neidischen außerordentlichen Umwelt einen neuen Erfolg vermelden. Berlin hat sich selbst überflüssig — im Verbrauch von Pferdefleisch. Das Blatt der Regierung selbst, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, hat den Mut, es einzugehen und schreibt über den Pferdefleischkonsum:

„Der Verbrauch von Pferdefleisch in Berlin hat seit Jahr und Tag infolge der Fleischsteuerung ständig zugenommen. Die Berliner Hofschlächter müssen sich der Zentral-Hofschlächtereien bedienen. Hier wurden nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes der Stadt Berlin in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 5924 Pferde geschlachtet und für den Verkauf freigegeben. Davon entfielen auf den Monat Januar 1120, Februar 955, März 1113, April 984, Mai 951, Juni 801. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrugen die Schlachtungen 4461 Stück. In diesem Jahre wurden also 1463 Pferde mehr geschlachtet. Der Monat Juli hat wiederum eine Steigerung erfahren und der laufende Monat dürfte infolge der eintreffenden Fleischpreiserhöhung einen Konsumrekord von 1000 Stück Pferde bringen. Im Laufe der letzten Monate sind in den vorherrschend von Arbeitern bewohnten Stadtvierteln 20 bis 30 neue Hofschlächtereien, d. h. Läden, in denen Hofschlachter und Hofschlachtere verkauft werden, eröffnet worden.“

Mein Liebling, was willst du noch mehr? Da ist ja reichlicher Ertrag für solche Luxusartikel wie Rindfleisch, Kalbfleisch oder Schweinefleisch. Und da die Automobile noch viele alte Droschkengänge überflüssig machen werden, so besteht ja begründete Hoffnung, daß der schwermütige Großgrundbesitzer, den die herrschenden Brot- und Fleischpreise zu ihrem Landwirtschaftsminister erlösen haben, am Ende doch nicht behalten und die Fleischnot eine vorübergehende Erscheinung bleiben wird. Ihr braucht ja nur zum Pferdefleisch zu greifen. Da ist endlich eine Fleischsorte, deren Angebot noch nicht zurückgeht und deren Preis noch erschwinglich bleibt. Frecht Pferdefleisch, lang tapfer zu, so lange der Vorrat reicht! Ihr findet, daß die Sorte wenig wohlgeschmeckt sei, daß ihr das gefüllte argentinische Rinderfleisch bei weitem vorziehen würdet? Ihr Anspruchsvollen! Geschmack ist nur Gewohnheit und man wird euch schon an Pferdefleisch gewöhnen. Noch ein paar Jahre unsere Wirtschaftspolitik fortgesetzt und ihr werdet froh sein, Pferdefleisch konsumieren zu dürfen.

Ihr seid noch immer unzufrieden, ihr meint, daß die Hygieniker sanitäre Bedenken haben? Die Sorge übersteigt gefälligst uns. Zu solchen Urteilen ist euch beiderseitiger Unteranderrand nicht geschaffen. Wir wissen allein, was es ist. Die sanitären Maßnahmen sind Gegenstand unserer vorzüglichen Fürsorge, aber es sind referierbar für das deutsche Kind um das nationale Schwein. Diesen wichtigsten Bestandteil unseres Volksvermögens vor Seuchengefahr, nicht nur vor wirklicher, sondern vor jeder angeblichen, zu schützen, sind wir unablässig bestrebt. Wir perren die Grenzen, wir schützen das Vieh! Das ist nationale Wirtschaftspolitik. Daß ihr, Vaterlandslose, darunter leidet, was tut's? Unseren Leuten geht es dafür um so besser.

Es geht ihnen in der Tat glänzend. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte kürzlich folgende fachverständige Berechnung über das dem Fleischmarkt zur Verfügung stehende Quantum:

1. Halbjahr	Rindfleisch				Kalbfleisch			
	1912	1911	1910	1909	1912	1911	1910	1909
Werte in T.	373 648	375 365	418 384	405 604	85 880	83 086	94 232	93 511
Wert in 1000 M.	608 988	569 309	573 937	534 181	165 741	155 231	174 723	149 356
Pf. pro Zent.	160,3	151,7	137,3	131,7	192,7	186,2	183,5	160

Das deutsche Volk hat zwar gegen das erste Halbjahr 1910 rund 39 700 Tonne Rindfleisch weniger verzehrt, aber gegessen hat es für diesen Winterbedarf rund 35 Millionen Mark mehr! Auch beim Kalbfleisch ist die verkaufte Menge (gegen 1909), aber die Einnahmen der Metzger, Metzgerhelfer. Die höheren Preise pro Pfund machen eben den Winterbedarf für den Profit mehr als reichlich weit. Aus

der Not des Volkes fliehen die schönsten Gewinne. Die Regierung darf also ruhig sein, die Metzger erteilen ihr Lob, so schwer diese Herren auch sonst zu beschreiben sind.

Es ist alles in schönster Ordnung. Die Getreidebörsen sind fest, die Preise steigen. Mit rund einer Milliarde Mark ist das deutsche Volk alljährlich durch die Getreidebörsen belastet. Freilich, von dieser Summe fliehen ja noch ungefähr 180 Millionen in die Reichskasse. Aber was hätten wir das famose Einfuhrsystem erkunden? Das sichert die Metzger davon, daß auch bei einer reichen Ernte die Preise zu sehr fallen, und sorgt dafür, daß der Getreidepreis in Deutschland stets um den exorbitanten hohen Zollbetrag über dem Weltmarktpreis steht. Es bewirkt, daß den Metzger alljährlich über 100 Millionen Mark aus der Staatskasse gezahlt werden, damit sie dem Ausland deutschen Roggen zu billigen Preisen liefern können, daß er dort zum Schweinefleischern benutzt und in Deutschland knapp genug wird, um zu Hungersnotpreisen verkauft werden zu können.

Die Fleischpreise in der ersten Augusthälfte.

Die Jochen in der „Statistischen Korrespondenz“ zur Veröffentlichung kommenden amtlichen Preisberichte über die häufigsten Preise für Fleisch im Handel in der ersten Augusthälfte zeigen deutlich, in welchem Umfange sich die heutige Preissteigerung am Viehmarkt auf den Kleinstkonsum übertragen hat. Allein in den beiden ersten Augustwochen ist der Durchschnittspreis für Rindfleisch um 4 Pf., der für Kalbfleisch um 2 Pf., für Hammelfleisch um 1 1/2 Pf. und für Schweinefleisch um 8 Pf. pro Kilogramm gestiegen. Und was das bedeutet, das kann man erkennen, wenn man die jetzt geltenden Preise mit denen der letzten Jahre zusammenstellt. In Frankfurt, das keineswegs die höchsten Preise hat, die man aber als Durchschnitt für Mitteldeutschland hinnehmen kann, standen sie:

1. Hälfte August 1912	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch	Wert
1912	189,0	198,7	195,0	174,0	190,4
1911	188,5	185,3	183,5	146,5	191,9
1910	183,1	183,0	174,8	162,1	186,0
1909	155,0	179,8	160,8	162,1	185,0

Das Kilogramm Rindfleisch ist danach heute um 38 Pf., das Kilogramm Kalbfleisch um 25 Pf. und das Kilogramm Hammelfleisch um 28 Pf. teurer als vor drei Jahren. Und das einzige, was bis zu diesem Frühjahr noch einen Ausblick bot, nämlich der relativ niedrige Preis für Schweinefleisch und Speck, ist jetzt gleichfalls schon erheblich teurer als damals. In dem einen letzten Jahre sind von den für die Fleischverarbeitung allein in Betracht kommenden Fleischsorten — Kalb- und Hammelfleisch waren ja schon im vorigen Jahre nur noch Zugugerichte — Rindfleisch und Speck um 20 Pf. und Schweinefleisch um 27 Pf. gestiegen! Und dazu kommt die Steuererhöhung von allen anderen Bedürfnissen — wirklich, für die breiten Massen der Arbeiterklasse und des mühsam ringenden Mittelstandes, für die es ohnehin schon ein Ausblick ist, ihr Budget im Gleichgewicht zu halten, muß es jetzt eine Lust sein, zu leben!

München-Gladbacher Romdöle und Betrug zugleich.

Das „Christliche Gewerkschaftskartell“ von Bonn hat an das Oberbürgermeisteramt einen Antrag auf Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung gerichtet. Als geeignete Mittel zur Abhilfe werden empfohlen der Eingraben von Schlachthöfen oder Fleisch durch die Stadt und Verkauf an die Arbeiter zu Selbstkostenpreis in eigenen Verkaufsstellen oder Abgabe desselben an städtische Metzgermeister, die das Fleisch zu festgesetzten Preisen mit angemessenem Gewinn an die Arbeiter verkaufen, zeitweise Aufhebung oder Minderung der Schlachtabgaben und Fleischabgaben usw. Die Stadt soll die Regierung ersuchen, durch Erleichterung der Fleisch- oder Fleischzufuhr die augenblickliche Notlage zu beseitigen. Nur die bis zu 3000 Mark Fleischsteuerungen sollen zu billigen Fleischpreisen herabgesetzt sein. — Dieselben Leute, welche diese Eingabe fabriziert haben, sind waschechte Zentrumsler, Mitglieder jener Partei, die Wisniewski die Partei der verlorenen Salonten genannt hat, und folglich lesen sie doch ihre eigene Parteipresse, die über Fleischnot spottet, keine Fleischnot kennt. Wohl am selben Tage, als die Bonner Zentrumsblätter ihre Eingabe beim Oberbürgermeister einreichten, brachte die „Trennung“, das Dortmunder Zentrumsblatt, aus der „Germania“ entnommene folgende Notiz:

„Ein Protokoll, gegen den Fleischwucher“ veranstalteten die Sozialdemokraten am 3. September in Berlin. Für den Tag wird der Vorstand der Partei Manifestationsversammlungen einberufen. Durch diese Geheereten... wird die Last der Fleischsteuerung, die die Landwirtschaft in den letzten Jahren 95 vom Hundert des Fleischbedarfs gedeckt hat usw.“

Genau wie die „Trennung“ höhnt auch die übrige Zentrums- und Sozialdemokratische Presse, wodurch die Arbeiter gegen die Landwirte aufgebracht und unzufrieden gemacht werden sollen, und das ist ja die wahre, maßgebende Stimmung dieser famosen „Volkspartei“ für „Arbeit, Freiheit und Recht“. Seit Jahren hat sich das Zentrum allen Maßnahmen hartnäckig widersetzt, die eine Minderung der durch das Zentrum geschaffenen Steuererhöhung bringen würden, und es ist auch jetzt gar nicht daran zu denken, daß dieses „glorreiche“ Zentrum nur für die allgeringste Minderung zu haben wäre. Jeden Tag betet die Fleischschlachtindustrie in den Kirchen: „Unser tägliches Brot gib uns heute“, geht aber hin, besteuert jeden Bißchen Brot, schließt die Grenzen und füllt einen Handvoll Dieben die Taschen! Das wissen die M-Gladbacher, das weiß auch das Bonner Kartell der „Christen“, aber zu Arbeiterbetrug gehört auch das Romdöle-Spiel!

Zur Reform der Berginspektion.

Grubenlampe und Schlagwetterexplosionen.

Die beiden Schlagwetterexplosionen auf Osterfeld und Lothringen haben unter unseren Kameraden von neuem das Interesse an der Ausgestaltung der Grubenbeleuchtung geweckt und nehmen einzelne das Wort, ihre Meinung hier zum Ausdruck zu bringen. Von ihnen schreibt uns der Kamerad W. Küßler:

„In Nr. 197 der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ vom 26. August wird die vom Oberingenieur Färber-Dortmund erfundene und in England patentierte elektrische Grubenlampe besprochen. Die Beschreibung enthält u. a. auch folgenden Satz: „Sie garantiert eine absolute Schlagwettericherheit und ist katastrophen absolut ausgleichend.“ Damit kann m. E. doch nur gesagt sein: Wenn im Bergbau überall die Lampe des Herrn Färber eingeführt wird, dann sind Katastrophen à la Rabbob, Lothringen u. dgl. in Zukunft unmöglich. So sehr wir alle wünschen, daß Lothringen das letzte Massenunglück gewesen sei, kann ich mir von der Einführung dieser Lampe nicht das Mittel der völligen Verhütung der Unglücksfälle vorstellen. Im Gegenteil, ich befürchte von der Einführung dieser Lampe eher eine Vermehrung der Massenunglücke infolge Schlagwetterexplosionen. Gewiß, die Lampe hat das eine gute, sie garantiert eine absolute Schlagwettericherheit. Aber demgegenüber hat sie den großen Fehler, daß mit dieser Lampe keine Wetteransammlungen beobachtet werden können. Und dieser Fehler hebt die guten Seiten doppelt auf.

Wir brauchen im Bergbau keine neuen Erfindungen, die die Entzündung der Wetter verhindern, solche Vorschriften sind genügend vorhanden. Was uns im Bergbau fehlt, das bessere Konstruktoren, die darauf achten, daß die Vorschriften zur Verhütung der Ansammlung schlagender Wetter beachtet werden durch Zuführung größerer Mengen frischer Wetter, d. h. frischer Luft. Auch jeßt eine bessere Beleuchtung aller Arbeiter über die Gefahren der schlagenden Wetter. Durch die Einführung der neuen Lampe sind aber die Bergarbeiter selber nicht mehr in der Lage, Kontrolle zu üben. Auf einem Teil der Gruben, wo die elektrische Lampe bereits eingeführt ist, sind sämtlichen Bergarbeitern die bisherigen Sicherheitslampen genommen. Nur der Steiger und der Wetterkontrollier sind noch in der Lage, Ansammlungen schlagender Wetter festzustellen. Im höchsten Falle soll es dem Sicherheitsmann noch gestattet sein, bei den allmonatlichen Befahrungen die Sicherheitslampe mitzuführen. Und hierin liegt die große Gefahr für den Bergbau und meine Befürchtungen für Vermehrung der Massenkatastrophen. Zum mindesten muß verlangt werden, daß der Raststätte und der Schmelzmeister in der Lage bleiben, Ansammlungen der Wetter festzustellen. Die Kontrolle der Wettermänner und der Steiger allein genügt nicht. Die Wettermänner der Arbeit an, sondern auch während der Arbeitszeit. Es muß deshalb mindestens ein Kamerad vorhanden sein, der zu jeder Zeit eine Ansammlung schlagender Wetter feststellen kann. Aus dem wird m. E. nicht entgegengesetzt, dazu wäre der Steiger da. Dem Steiger ist dies aber garnicht möglich. Er hat vor allen Dingen dafür zu

sorgen, daß möglichst viel Kohlen gefördert werden; und da liegt die Gefahr doch nahe, daß der Steiger diejenigen Betriebspunkte, die ihn vorgezeichnete Menge Kohlen liefern, garnicht besucht. Und doch sind die Befürchtungen der Wetteransammlung an diesen Betriebspunkten am größten. Wie leicht kann bei der Kohlengewinnung eine größere Gasquelle bloßgelegt werden! Und sind erst die Wetter vorhanden, dann braucht nicht gerade die „defekte“ Lampe die Entzündung der selben zu befördern. Die größte Gefahr der Entzündung liegt ja beim Schiechen. Aber selbst wenn der Schmelzmeister noch die bisherige Lampe behält und vor dem Schiechen sich erst überzeugt, daß keine Wetter vorhanden sind, so liegt doch auch ohne Schiechen und ohne „defekte“ Lampen eine Gefahr der Entzündung vor. So kann der Dauer beim Schiechen mit einem gut gefüllten Hadenbinn auf einen Schmelzstein schlagen und ohne zu wollen die Wetter entzünden. Ich bin der Ansicht, daß ein großer Teil der Funken, die durch Aufschlagen der Hade an einen Schmelzstein entstehen, die Kraft zur Entzündung der Wetter haben. Kennt der Dauer aber die Wetteransammlung nicht, so kann leicht ein größeres Unglück geschehen, besonders wenn die benachbarten Betriebe ebenfalls mit schlagenden Wettern befeht sind.

Wir müssen bei der Einführung der elektrischen Lampe vor allen Dingen fordern, daß den Raststätten und den Schmelzmeistern eine solche Lampe gestellt wird, mit der die Kameraden auch in der Lage sind, die Ansammlung der schlagenden Wetter zu kontrollieren. Eine weitere Forderung der Bergarbeiter muß sein: Verbot der Zeithälter bei Schrengschüssen. Auf einem großen Teil der Gruben ist zwar heute schon die Anwendung der Zeithälter in der Kohle und im Kumpelschicht bis zur Entfernung von 5 Metern vom Flöz verboten. Dies genügt aber m. E. nicht. Das Verbot der Zeithälter darf nicht von der Rede abhängen, sondern muß generell vom Oberbergamt für alle Gruben verboten werden.

Bei allen großen Katastrophen kommen die Verwaltungen der betroffenen Gruben mit dem „angeordneten“ Väter“. Ein Väter kann aber nur dann gefährlich sein und zu Massenunglücken Veranlassung geben, wenn die ausströmenden Wetter soviel Zeit behalten, sich mit atmosphärischer Luft zu verbinden und dann mit dem zweiten Schuss entzündet werden. Wird ein Väter gleichzeitig mit der Freilegung durch den Schuss angezündet, so brennen die ausströmenden Wetter ähnlich wie ausströmendes Gas, das am Gasrohr angezündet wird. Anders ist es aber, wenn der Väter mit dem ersten Schuss freigelegt wird, die Wetter einige Sekunden Zeit haben, auszufließen, sich mit der Luft vermischen und durch den zweiten Schuss zur Entzündung gebracht werden. In diesem Falle werden nicht nur die bereits ausströmenden Gase, sondern auch die noch folgenden. Deshalb müssen wir die Forderung erheben, daß überall dort, wo das gleichzeitigige Freilegen mehrerer Schüsse unnötig ist, das Zünden des zweiten Schusses nur dann gestattet ist, wenn die Wirkung des ersten Schusses festgestellt ist. Durch ein solches Verbot wird die Gefährlichkeit der Väter m. E. bis auf ein Minimum beschränkt; andererseits nehmen wir aber den Grubenverwaltungen das Argument, bei den größeren Grubenunglücken immer und immer wieder die Schuld dem „Väter“ zuzuschreiben. Wo die wirklichen Schuldigen an den Massenunglücken sind, ist in der „Bergarbeiter-Zeitung“ oft genug gesagt worden. Wir sind aber verpflichtet, den Grubenverwaltungen auch den letzten Rest eines Scheines der für sie sprechenden Ursachen zu nehmen.“

Zum Unglück auf Zeche Lothringen.

Die Verwaltung der Unglückszeche hat an eine Reihe Tageszeitungen längere Verichtungen geschickt, u. a. auch an den „Vorwärts“, in welchen so ziemlich alle Angaben der Arbeiter über die Ursache der folgenschweren Katastrophe bestritten werden. Diese Verichtungen dienen nur der zersetzenden Wirkung als unwiderstehlicher Beweis dafür, daß am Tage der Explosion alles in bester Ordnung gewesen ist, daß Schlagwetter und Kohlenstaub explosionsfähig, 113 Bergleute getötet wurden, ohne daß Wetter und Kohlenstaub vorhanden waren. Dem „Vorwärts“, Organ der Väter, genügt diese Verichtigung sogar, auf den Sicherheitsmann zu haften, der mit all den Zeitungsberichten nichts zu tun hat, weshalb dieser dem „Vorwärts“ folgende Verichtigung zugesandt hat:

Herrn Redakteur Dr. Karl Arnold, „Vorwärts“, Altonaerstr. 50.

In der von Ihnen verantwortlichen Zeitung, „Der Vorwärts“, vom 23. August d. J., bringen Sie im ersten Blatt, dritte Seite, einen Artikel, überschrieben: „Zum Unglück auf Zeche Lothringen“.

Da dieser Artikel tatsächliche Unrichtigkeiten, die sich auf meine Person beziehen, enthält, fordere ich Sie auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes auf, in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung folgende Verichtigung zu bringen:

1. Es ist unrichtig, daß ich behauptet habe, ich sei anlässlich des Besuches Kaiser Wilhelms II. auf Zeche Lothringen, von Zechebeamteten am Betreten des Zecheplatzes gehindert worden.

2. Es ist unrichtig, daß ich am Haupteingang von Zeche Lothringen, von einem Zechebeamten von Arbeitern der Zeche, welche zum Zwecke der Absperrung dorthin geschickt worden waren, zurückgehalten wurde. Unter diesen Arbeitern befanden sich die Bergleute Stratzmann und Gebard. Ausdrücklich erkläre ich hier, daß sie strikte Anweisung hatten, niemand auf den Zecheplatz zu lassen. Ich war diesen Arbeitern als Sicherheitsmann bekannt.

3. Es ist unrichtig, daß die Entstellung eines Gesichts, welches ich mit dem Zecheleiter Giesemann hatte, auf mich zurückzuführen ist. Wahr ist, daß Herr Zecheleiter Giesemann mir gegenüber erklart hat: „Wir bekommen hier (gemeint waren die Unglücksgebiete) nicht genügend Luft hin ohne besondere Luftschacht.“ Nach dem Unglück hat Herr Zecheleiter Giesemann mir gegenüber sich noch geäußert: „Wenn ein Luftschacht niedergebracht wäre, wäre das Unglück nicht passiert.“
Diedrich Dettmer.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Belgiens Brennstoffverkehr.

Eine Heberzucht über die Einfuhr und Ausfuhr von Steinkohlen, Koks und Bricketts in Belgien während des Monats Juli und der ersten sechs Monate des laufenden Jahres im Vergleich zu den entsprechenden Zeitabschnitten der beiden Vorjahre ergibt folgendes Bild (in Tonnen):

		Einfuhr:		
		1910	1911	1912
Januar—Juli	Steinkohlen	3 552 900	4 260 800	4 621 000
	Koks	204 500	395 200	530 800
	Bricketts	148 100	214 100	247 100
Juli	Zusammen	3 905 500	4 870 100	5 398 900
Januar—Juli	Steinkohlen	527 400	594 800	736 200
	Koks	35 800	61 700	76 400
	Bricketts	19 900	29 100	45 600
Juli	Zusammen	583 100	685 600	858 200
		Ausfuhr:		
		1910	1911	1912
Januar—Juli	Steinkohlen	2 707 600	3 050 700	2 877 600
	Koks	614 400	590 800	551 400
	Bricketts	313 100	292 100	370 900
Juli	Zusammen	3 635 100	3 943 600	3 800 900
Januar—Juli	Steinkohlen	380 500	464 800	425 800
	Koks	57 600	89 200	88 000
	Bricketts	54 400	40 100	41 100
Juli	Zusammen	541 500	594 100	554 900

Danach hat sich die Einfuhr von Brennstoffen nach Belgien während der ersten sechs Monate des laufenden Jahres im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren erheblich vermehrt, da die Zunahme gegen das Vorjahr nicht weniger als 530 000 T. und gegen das Jahr 1910 sogar 1 400 000 T. betragen hat. Besonders die Einfuhr von Koks hat bedeutend zugenommen, da sie seit zwei Jahren um 75 Prozent gestiegen ist. Diese Bewegung scheint noch nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt zu sein, da der Monat Juli noch eine stärkere Zunahme der Einfuhr aufweist als die ersten sechs Monate zusammen genommen. Denn die Koks-einfuhr im Juli war um 40 600 T. oder 120 Prozent größer als im Juli 1910. Auch für Kohlen ist die Zunahme der Einfuhr sowohl für die ersten sechs Monate dieses Jahres als auch für den Monat Juli allein recht einseitig gewesen. Die Einfuhr von Bricketts hat gleichfalls bedeutend zugenommen, sowohl in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres als auch im Juli allein, wo gegen denselben Monat des Vorjahres eine Zunahme von 50 Prozent festzustellen ist, nachdem schon im Juli 1911 eine Steigerung von ebenfalls 50 Prozent gegen Juli 1910 eingetreten war. Die obige Zusammenfassung über die Einfuhr von Brennstoffen ist demnach ein Beweis dafür, daß ausländische Brennstoffe in Belgien mehr und mehr an Gebiet gewinnen.

Kohlenproduktion im Deutschen Reich.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1912 belief sich die Förderung (in T.) insgesamt auf 100 485 485 (22 278 431) Steinkohlen, 48 075 323 (40 818 351) Braunkohlen, 16 190 398 (14 624 000) Koks, 2 075 528 (2 842 018) Preßkohlen aus Steinkohlen und 10 785 888 (9 260 580) Preßkohlen aus Braunkohlen. England führte im Juli 1912 nach Deutschland 1 000 308 (i. V. 608 823) T., und in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli d. J. 4 584 710 (5 197 000) T. Kohlen ein. Die einzelnen Bismen sind aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Januar bis Juli					
	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Preßkohlen aus Steinkohlen	Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Maßpreßkohlen)
	To.	To.	To.	To.	To.
Oberbergamtsbezirke:					
Hesslau . . .	20 020 008	1 280 208	1 677 803	270 427	264 774
Weslau . . .	4 851	26 025 408	60 584	41 770	5 857 591
Glückhau . . .	400 507	646 328	40 240	52 505	87 157
Dortmund . . .	56 077 388	—	12 156 335	2 528 292	—
Wann . . .	10 848 871	9 805 851	2 125 822	50 000	2 811 160
Preußen . . .	94 956 705	37 716 878	16 078 781	2 941 174	9 020 088
Berginspektionsbezirke:					
Münster . . .	—	502 820	—	—	—
Bayreuth . . .	—	458 045	—	—	—
Zweibrücken . . .	404 108	—	—	—	—
Weyer . . .	404 168	538 805	—	—	—
Berginspektionsbezirke:					
Zwickau I u. II . . .	1 402 504	—	27 120	13 010	—
Stollberg i. G. . .	1 301 144	—	—	8 880	—
Dresden . . .	880 880	800 485	7 775	14 505	94 601
Leipzig . . .	—	2 138 872	—	—	528 775
Sachsen . . .	8 048 507	2 048 807	34 004	34 851	618 498
Hessen . . .	—	267 616	—	—	30 715
Braunschweig . . .	—	076 018	—	—	245 001
Sachsen-Altenburg . . .	—	2 803 944	—	—	601 709
Magdeburg . . .	—	814 200	—	—	128 105
Schlesien . . .	2 020 025	—	53 800	—	—
Deutsches Reich	100 485 485	48 075 323	16 190 398	2 975 528	10 785 888

Weise hat unsere Organisation die Arbeit in der Grube geregelt durch ihren Vertrag mit der Minenverwaltung. Jeder weiß, was er zu tun hat, und jeder weiß, daß er nicht für ein Trübsal zu arbeiten braucht. Und kommt es doch mal zu Differenzen, dann haben wir unseren Arbeitsvertrag. Dieser führt strenge Kontrolle und schlichtet vorkommende Streitigkeiten an Ort und Stelle.

Nicht bloß die Arbeitsweise in der Grube ist von der auf den Aufgruben vorzulesen. Die Gruben selbst unterscheiden sich von den deutschen in vielen Stücken. Solche großen Tagesanlagen wie im Ruhrbezirk gibt es hier nicht. Es ist alles viel einfacher eingerichtet. So z. B. kürzen manche Gruben die Kohlen vom Förderort direkt in die Eisenbahnwaggons, ohne daß der Förderwagen vom Korbe herunter kommt. Die Körbe sind offen und haben eine automatische Abperrvorrichtung. Die Schächte sind auch ziemlich primitiv gehalten. 8 bis 16 Fuß messen sie gewöhnlich im Querschnitt, die Zimmerung besteht vielfach noch aus zweifelligen Hölzern, die mit Kienholz abgestreift sind. Nach einem neueren Erlass der staatlichen Mineninspektion dürfen jedoch Förderstrecken nur noch mit Eisen oder Beton ausgebaut werden. Außerdem muß jede Grube einen Luftschacht haben.

Die Tiefe der Gruben ist nicht sehr groß, sie schwankt hier zwischen 100 und 350 Fuß. Auch die Mächtigkeit der Stöße ist verschieden, sie bewegt sich zwischen 5 und 12 Fuß, doch kommen auch größere Stärken vor. Das Gangeisen ist teils Sand, teils Schiefer. Die Abbaumethode ist hier überall gleich. Vom Schacht aus führt eine Hauptstrecke gewöhnlich nach Süd oder Nord. In gleicher Richtung, etwa 50 Fuß entfernt, läuft die Verteilertrecke. Beide sind durch Durchlässe miteinander verbunden. Von der Hauptstrecke aus werden Abzweigstrecken getrieben, von denen wieder Abzweigstrecken abgehen. 45 bis 50 Fuß von einander entfernt werden zu beiden Seiten der Verteilertrecken Gänge angelegt, die auch miteinander durchschlägig verbunden sind. Die stehenden Pfeiler werden dann von hinten nach vorn abgebaut.

Geschossen wird hier mit schwarzem Pulver und Zündschnur. Das Gesäße und die Zündschnur muß der Arbeiter selbst beschaffen, das Pulver liefert die Grube zum Selbstkostenpreise.

Obgleich wir hier vertraglich alles gut geregelt haben, ist der Lohn dennoch bei den Gebirgsarbeitern verhältnismäßig. Wir haben ein „Pensum“, das sind pro Mann sechs Wagen. Da aber die Wagen nicht gleich groß sind — manche fassen über drei Tonnen —, wir aber nach dem Gewicht bezahlt werden, so kommen auch größere Unterschiede in der Lohnhöhe vor. Der Tagesverdienst der Lader (die zahlreichste Arbeitergruppe) bewegt sich zwischen 3½ und 5 Dollar. Das ist ein Lohn, bei dem man nicht zu hungern braucht, wenn auch manche Lebensmittel noch etwas teurer sein mögen als in Deutschland, was aber bei den meisten garniert zutrifft, und wenn man alles miteinander verrechnet, so erfordert die Lebensführung hier wie dort die gleichen Kosten. Das wir aber auch hier mit 14 bis 22 Mark Schichtverdienst keine Reichkümer sammeln können, will ich zu erwähnen doch nicht unterlassen! Den Schichtverdienst über wird nämlich wenig gearbeitet. Drei, höchstens vier Schichten pro Woche werden verfahren, die anderen Tage wird nicht gearbeitet. Das Winterhalbjahr hindurch wird ja allerdings flott gearbeitet, das kommt es selten zu einer Feierstunde.

Alles in allem, meine Freunde, fühle ich mich hier recht wohl. Ich vergesse aber keinen Augenblick, daß es die Organisation war, die einen Zustand herbeiführt hat, bei dem man sich als Mensch und Arbeiter einmischen kann. Weil ich mit meinen Gedanken immer gern bei euch in den deutschen Mahlen verweile, will ich mit dem aufrichtigen Wunsch meinen Brief beenden, daß ihr auch recht bald bessere Verhältnisse bekommen mögt. Was die amerikanische Bergleute bei ihrer großen Verschönerung erreichen konnten, das müßte doch drüben bei euch spiegeeln zu erlangen sein. Schickt doch mal die „Christlichen“ Verhandlungsführer auf ein Jahr zu uns herüber, wir werden ihnen die Freude an der Unmöglichkeit schon antreiben. Aber auch ohne dies sehe ich die Hoffnung, daß es in Deutschland bald soweit kommen wird, daß die Vergleute, unbelästigt um die Verhältnisse, ihren Anschlag bei euren Verbänden finden werden. Entweder werden die deutschen Bergarbeiter durch den Verband ihr Dasein erleichtern, oder sie werden überhaupt nichts erreichen.

Herzliches Glück auf!

J. P.

aus, der sich um den Berginspektoren geschert hatte, stürzte zu Boden. „Als die Liegenden sahen, daß die Soldaten zu feuern aufgeführt hatten, sprangen sie auf, um davonzulaufen, aber in diesem Augenblick wurde das Feuer wieder aufgenommen und diesmal feuerte das Militär ununterbrochen und lagerte. Die lange dieses Feuer angehalten hat, konnte genau nicht festgestellt werden, aber wie aus den Angaben der Stabskapitane Kopp und Gansharen hervorgeht, hat jeder Soldat acht oder neun Schüsse abgegeben, d. h., sieben oder acht Schüsse nach Wiederaufnahme des Feuers. Diese Schüsse verwundeten 372 Personen, von denen 170 infolge der erhaltenen Wunden verstarben.“ Der Bericht stellt fest, daß das Signal zum Feuern gegeben wurde, als die Menge sich etwa 300 Meter von der Militärabteilung befand. Von 202 Verwundeten waren 60 im Rücken und 42 an der Seite verwundet! 117 von den Verwundeten befanden sich in dem Augenblick der Verwundung in liegender Stellung! Im Bericht wird das Zeugnis des Priesters Winkler angeführt, der den Sterbenden das Abendmahl reichte. Sämtliche Arbeiter erklärten ihm, sie wären vollkommen unbewußt und schliefen mit der Waffe gekommen, um den Staatsanwaltschaften ihre Gesuche zu überreichen. „Sterbende Lügen nicht!“ schließt der Priester seine erschütternde Aussage.

Die Schuld des Blutbundes Treßschichtens wird von dem Senator Manichin dahin formuliert, daß er angesichts der herannahenden Arbeitermenge weder persönlich noch durch die zu seiner Verfügung stehenden Polizeibeamten irgendwelche Maßnahmen ergreifen hat, um das weitere Vordringen der Arbeiter zu verhindern, oder die letzteren von der ihnen drohenden Gefahr in Kenntnis zu setzen! Trotz dieser ungeheuren Schuld wird der Arbeitermörder lediglich wegen Unvorsichtigkeit seiner Machtbefugnisse dem Gericht übergeben! Die ihm drohende Strafe ist äußerst gering, im übrigen jedoch nicht im Verhältnis alles beim alten. Der oben genannte Rechtsanwalt Keren hat die Ergebnisse der Senatorenrevision folgendermaßen zusammengefaßt: „Die Revision hat ausführlich, genau und objektiv die tatsächliche Lage der Bergarbeiter, ihre unzumutbare Arbeits- und Lebensbedingungen aufgedeckt, sie hat aber keinerlei Maßnahmen ergreifen, um der bestehenden Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen!“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bureaucratie und die mit ihr eng verknüpften Aktionäre der Goldgesellschaft alles aufbieten werden, um die Ergebnisse der Senatorenrevision der Öffentlichkeit zu entziehen. Aber schon das, was jetzt unumstößlich feststeht, genügt vollkommen, um der Regierung auch die Blutschuld für das Gemetzel an der Lena aufs Konto zu setzen.

Knappschäftliches.

Nachmal: Die Streikbruchschreien und das Augengittern der Vergleute.

Nachdem wir die Entscheidung des Oberstgerichtes in Knappschäftsanlegenheiten in der Sache Göttel gegen den Bochumer Knappschäftsbund bekannt geworden, als die Streikbruchführer auch ein widerrechtliches Geschrei über die bedrohten Interessen der Knappschäftsmittelglieder anstimmten. Sie gerieten sich, als wenn sie nur allein imstande und gewillt seien, die Interessen der Knappschäftsmittelglieder zu verteidigen. Dieses Geschrei hielt auch so lange an, bis wir ihnen nachwies, daß die Bergarbeiter diese unglückselige Entscheidung des Oberstgerichtes nur den Streikbruchorganisatoren zu verdanken haben, daß ein so „kluges“ und „besonnenes“ Streikbruch-Arbeitersekretär mit pyramidalen „Geschick“ in der Sache Göttel einen „Erfolg“ errang, auf den er selbst nicht wenig stolz war, der aber Tausenden von Bergarbeitern zum Verhängnis wird.

Nachdem wir dieses festgestellten haben, ist es merkwürdig, daß geworden im schwarz-gelben und schwarzen Mäntelchen. Keinen Ton hört man dort mehr von den schlimmen Schädigungen, welche die fragliche Entscheidung den Bergarbeitern gebracht hat. Wer aber glaubt, daß die Streikbruch„Christen“ endlich einsahen, welche ungewöhnliche Dummheit sie begangen haben und daß sie deshalb jetzt in Sad und Mitleid tun für ihre Verfehlung, der kennt diese „Heiligen“ eben schlecht.

Und wird jetzt aus einer ganzen Reihe Zerstörungen des Ruhrgebiets mitgeteilt, daß die „Christen“ in den Zerstörungen jetzt die Behauptung von Mund zu Mund verbreiten, der Bergarbeiterverband sei schuld daran, daß die an Augengittern leidenden Bergarbeiter nicht mehr invalidisiert werden.

Da diese Meldungen gleichzeitig und aus den verschiedensten Gegenden des Ruhrgebiets kommen, muß man annehmen, daß die „Christlichen“ Kumpels eine entsprechende Anweisung von der Streikbruchleitung in Essen bekommen haben. Also öffentlich wagt sich das Gesindel nicht mehr hervor, darum wird im Geheimen gewühlt. Den „Christlichen“ Kumpels, die das, was ihnen eingeblasen wird, weitertragen, kann man es weniger übel nehmen, denn in Bezug auf diese kann man sagen: „Denn, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Anders verhält es sich aber mit den Streikbruchführern, die selbst in einer nahezu ungläublichen Weise verlogen und unehelich, auch ihre Mitglieder und Vertrauensleute zum Lügen und Schwindeln erziehen. In welcher Weise die „Christlichen“ Vertrauensleute zum Schwindeln ertragen werden, das haben wir ja bei dem „Christlichen“ Bergarbeiter Frank erlebt, der seine Vertrauensleute anwies, durch Anwendung von Raffinesse die Unterschriften der Verbändler unter eine „Christliche“ Witzfälschung zu erschwandeln!

Aber wenn wir den verführten „Christlichen“ Kumpels auch gerne mitlindernde Umstände zubilligen, so kann man die von ihnen kolportierten Schwindeleien doch nicht unversprochen passieren lassen. Wir erlauben daher unsere Kameraden, die „Christlichen“ Lügenmänner gründlich zu stopfen, wo und wenn sie sich bemerkbar machen. Uns fällt es schließlich doch die Aufgabe zu, die von ihren „Christlichen“ Führern fittlich und moralisch verdorbenen „Christlichen“ Kumpels wieder zu anständigen Menschen zu erziehen; wenn wir das noch besten Kräften besorgen, dann verrichten wir auch ein gottgefälliges Werk.

Dieser Verfall ist ein neuer Beleg für die entsetzliche „Christliche“ Frechheit, Unehrlichkeit und Verlogenheit. Was die „Christlichen“ Führer auf diesem Gebiete schon alles geleistet haben, wäre nicht zu glauben, wenn man es nicht erlebt hätte. So erlauben und fälschten sie den Freischäftsbrief und legen dann, ein Verbandsangehöriger habe ihn geschrieben. Die „Christlichen“ Kumpels stimmten 1909 mit den Werksbesitzern für die Verschlechterung des Wahlrechts zu den Kumpelswahlen und in der Zentrumspresse einschließlich „Vergnügen“, behaupteten die „Christen“ frech, sie hätten den Kampf gegen die verschlechterte Wahlordnung zurecht aufgenommen. Sie verraten fortgesetzt die Interessen der Bergarbeiter und behaupten, sie wären die einzigen „wahren“ Arbeitervertreter. Da sieht man, was sich „Christen“ alles erlauben können!

Ein Flugblatt der Streikbruchorganisatoren

wird uns kurz vor Schluss der Redaktion von einem Kameraden zugefandt, welches von Schulführern den Bergarbeitern in der Wohnung gebracht wird. Das Flugblatt, welches H. Zumbusch veranwortlich gezeichnet hat und diesem auch ganz ähnlich sieht, trägt die Überschrift: „Knappschäftsmittelglieder! Seid auf dem Posten!“

Das Flugblatt nimmt Stellung zu der bevorstehenden Generalversammlung des Bochumer Knappschäftsbundes und wendet sich an die Knappschäftsmittelglieder. Diese können aber in dieser Beziehung im Augenblick wenig zu der Sache tun. Als die christlichen Bergarbeiter auch um Verbesserung des Knappschäftsbundes streikten, da organisierte die Firma Zumbusch den Streikbruch, leistete damit den Unternehmern Gelderdienste bei der Niedertrampeln der Arbeiter und deren Interessen. Und wenn die Bergarbeiter jetzt wieder in einen Kampf eintreten würden, um die von den Kumpels eingereichten Forderungen

Die Mordtaten an der Lena.

Die Vorgänge in den Goldbergwerken an der Lena, die bekanntlich einen Wendepunkt in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung bedeuten, stehen noch immer im Vordergrund des politischen Interesses in Russland. Die Revision des Senators Manichin und der Generalstreik der Arbeiter als Antwort auf das Mißlingen dieser bürokratischen Maßnahmen waren die wichtigsten Ereignisse, die sich in der letzten Zeit an das Gedenktage knüpfen. Eine lächerliche Presse, voran die „Nowoje Wremja“, versuchte nun das Bild dieser Vorgänge zu entstellen und die verurteilenden Behauptungen der Minister Makarow und Timaşchew wieder in Umlauf zu bringen. Gerade zur rechten Zeit gelangen deshalb authentische Mitteilungen über die blutigen Vorgänge vom 17. April und das Martyrium der Bergarbeiter an die Öffentlichkeit. Diese Mitteilungen, die vorläufig noch sehr lückenhaft und unvollständig sind, bestätigen voll und ganz die Anklagen, die die russische Arbeiterklasse gegen die Regierung und die Kapitalisten erhoben hat. Einzelne Angaben stammen von dem Rechtsanwalt Keren aus, der im Verein mit einigen Rechtsanwälten aus Petersburg, Moskau und Jekaterinburg nach dem Streikgebiet gereist war, um die Interessen der Arbeiter während der Senatorenrevision wahrzunehmen. „Meine Ansicht ist“, erklärte Herr Keren nach seiner Rückkehr dem Petersburger Vertreter der „Ruskoje Slovo“: „Daß die Verurteilung einer gerichtlichen Untersuchung lediglich gegen den Gendarmenrittmeister Treßschichtensow die politische Bedeutung der Senatorenrevision außerordentlich herabsetzt. Treßschichtensow ist wegen Verletzung seiner Pflichten dem Gericht übergeben, seine Schuld ist also äußerst gering eingeschätzt worden. Dabei sind andere Personen, die an der ganzen Angelegenheit zweifellos beteiligt sind, dem Gericht nicht übergeben worden. Ich und meine Kollegen haben mit Hilfe der Arbeiter auf Grund von Dokumenten und Zeugenaussagen die Schuld verschiedener Verwaltungsbeamter der Lenagoldgesellschaft festgestellt, aber diese Personen sind nicht zur Verantwortung gezogen worden. Ich will bloß auf zwei Tatsachen hinweisen: Einige Tage vor dem Ausbruch vom 17. April wurde die Verwaltung zweier Krankenhäuser im Bergwerksbezirk beauftragt, wieviel Plätze für Verwundete sie freihalten könne? Ebenso wurde der belstische Priester schon vorher in Kenntnis gesetzt, daß in kurzem seine Dienste bei einer großen Beerdigung nötig sein würden!“

Ein vollständiges Bild auf die verwerfliche Handlungsweise der im Dienste der Bergwerksgesellschaft stehenden Regierungsbeamten wirft der Bericht Manichins, der uns in Auszügen bekannt geworden ist. Die Vorgänge vor dem Ausbruch werden danach folgendermaßen geschildert: Schon am 13. März brach auf den Gruben der Lenagoldgesellschaft ein Streik aus, der am 27. März 5000 Teilnehmer zählte und zu der Betriebs Einstellung auf sämtlichen Gruben führte. Der Streik verlief vollkommen ruhig und bedrohte die öffentliche Sicherheit nicht im geringsten.

Am 8. April wurde auf Befehl des Ministers des Innern der Gendarmenrittmeister Treßschichtensow von Jekaterinburg nach dem Streikgebiet kommandiert. In der Nacht zum 17. April ließ dieser ohne jeden Anlaß die Delegierten verhaften. Dieser heimtückische Überfall verurteilte die streikenden Bergarbeiter in eine heftige Erregung. Aus allen Enden des Streikgebietes strömten sie nach dem Mordtaten-Bergwerk, dem Sitz der Administration, zusammen, um bei dem Staatsanwalt Gesuche um die Befreiung der Delegierten einzureichen.

Die Erregung der Arbeiter wurde durch die lächerliche Behauptung des Direktors Samodanow, daß die Verhaftungen auf Befehl des populären Bergwerksinspektors Tschischinski vorgenommen worden waren, absichtlich aufgeweckt. Die Arbeiter der Andrejew- und Wajtschew-Bergwerke, in einer Anzahl von mehr als 1000 Personen, zogen zu der Wohnung des Bergwerksinspektors, der jede Schuld an den Verhaftungen entziehen von sich wies und den Arbeitern rief, gegen 2 Uhr auf dem Mordtaten-Bergwerk zu erscheinen, um dort den Bescheid der Behörden in Empfang zu nehmen. Dort aber wurden die von allen Seiten zusammenströmenden friedlichen, unbewaffneten Arbeiter von einer Militärabteilung empfangen und auf Befehl des Mordtaten-Bergwerksinspektors mit zahllosen Schüssen überschüttet.

Das Flugblatt selbst wird im Senatorenbericht folgendermaßen geschildert: Eine etwa 3000 Personen zählende Menge zog völlig unbewaffnet auf schmalen Wegen, fünf bis sechs Personen in einer Reihe, nach dem Mordtaten-Bergwerk. Vor dem Wirtshaus war eine Militärabteilung von 92 Soldaten aufgestellt. Daneben hatten sich sämtliche Anleitpersonen eingefunden. Da der Bergwerksinspektur Tschischinski ein Blutvergießen befürchtete, stürzte er den Arbeitern entgegen, um ihnen einen anderen Weg zu weisen. Die Arbeiter umringten ihn und überreichten ihm das Gesuch um Befreiung der verhafteten Delegierten. Er nahm das Gesuch entgegen und bat die Arbeiter umzutreten. Aber in dem Augenblick, als die Arbeiter seiner Bitte nachkommen wollten, prasselte eine Salve auf sie herab. Der ganze Kopfteil des Arbeiter-

Internationale Mundschau.

Aus Amerika

schreibt uns ein früheres Verbandsmitglied: „Olen Carlson, der Madison Co, August 1912. Werte Freunde und Kameraden!

Aus den Berichten der hiesigen Blätter habe ich erfahren, daß ihr in Deutschland getreift habt, ohne etwas damit zu erreichen. Mich betrübte das, als wenn ich selbst davon betroffen wäre. Denn wenn ich auch schon lange Zeit in Amerika bin, nehme ich doch an allen Vorgängen im deutschen Arbeiterleben Anteil. Ich weiß daher auch, welchen Irrsinn ihr es anzuschreiben habt, daß euer Streik keinen Erfolg hatte, daß es die Trennung der deutschen Vergleute in „Christliche“ und nicht „Christliche“ ist, die dort den Vergewaltigern ihren Triumph über euch verschafft hat.

Ich muß euch offen gestehen, daß hier die Vergleute große Augen machen, wenn ich ihnen das Wesen der verschiedenen Bergarbeiterverbände in Deutschland klar machen will. Sie lassen mich eine Weile ruhig erzählen; dann schütteln sie die Köpfe und zeigen nach der Stirn. Damit geben sie mir zu verstehen, daß sie meine deutschen Landsleute für nicht recht geschult, wenn nicht für ganz verrückt halten, weil sie sich in mehrere Lager trennen lassen. Besonders, wenn ich ihnen vom „Christlichen“ Bergarbeiterverband erzähle, daß der bei eurem Streik auf der Seite der Vergewaltiger gestanden hat. Meine Kameraden hier können zwar fast alle englisch sprechen, aber nur zum Teil können sie auch lesen und schreiben. Sie stammen aus verschiedenen Nationen, aber darin sind sie alle einig, daß die Vergleute zusammengehören und daß sie den Unternehmern gegenüber zusammenhalten müssen. Fast alle sind auch christlich gesonnen, gehen am Sonntag in die Kirche und lassen ihre Kinder taufen. Wie ich ihnen aber erzählte, daß der „Christliche“ Bergarbeiterverband in Deutschland beim Streik seine Leute arbeiten ließ und sogar Militär verlangt hat gegen den Streiker, da wurden sie rein wild. Ich glaube, wenn sie ein paar von den führenden Leuten aus dem „Christlichen“ Verbande hier gehabt hätten, denen wäre das Fell gekloppt worden. So was, wie bei eurem Streik, wäre hier gar nicht möglich. Hier mischen sich die Geistlichen in Arbeitsfragen nicht hinein. Wenn sie es ausnahmsweise tun müssen, dann stehen sie immer auf Seiten der Arbeiter. Wollten sie so auftreten wie so viele Geistliche in Deutschland, die den Unternehmern in die Hände arbeiten, dann könnten sie bald ihren Koffer packen. Denn hier werden die Geistlichen nicht vom Staate bezahlt, sondern von den Gemeinden.

Werte Freunde! Indem ich dieses schreibe, will ich nicht etwa meine neuen Landsleute als ganz besonders kluge und vernünftige Leute und auch als minder vernünftig hinstellen. Daß hier die Vergleute nur einen Verband hegen und daß sie geschlossener sind als die deutschen Bergarbeiter, das ist nicht ihr Verdienst allein. Denn vor etwa 15 Jahren stand es hier um die Organisation auch noch schlecht. Die meisten Vergleute blieben ihr fern. Die Not hat sie dann aber zusammengetrieben, wie der Wolf die Herde. Das Lohnbrüden verbanden die Minenbesitzer hierzulande wie überall. Dann kam häufig lang anhaltende Arbeitslosigkeit mit all ihrem Jammer. Da war es nur natürlich, daß der Verband der Union Miner of Amerika starken Anhang bekam und bald alle Vergleute umfaßte. Die Minenbesitzer haben ihm anfangs das Leben sehr schwer gemacht und wollten ihn nicht hochkommen lassen. Später mußten sie aber doch unseren Verband anerkennen und verhandeln jetzt regelmäßig mit ihm, sobald die Verträge ablaufen. Das geht ja nicht immer so glatt und es kommt auch mal zum Streik. Bisher sind wir aber immer oben auf geblieben, weil wir einig waren.

Ich glaube, es wird die deutschen Kameraden interessieren, etwas näheres über die Bergarbeiterverhältnisse in unserem County zu erfahren. Alle zwei Jahre wird hier am 1. April die Arbeit eingestellt. Die Lieferungsverträge der Gruben laufen immer nach zwei Jahren am 1. April ab, und bis sie wieder erneuert sind, feiern die Arbeiter einwöchentlich. Das dauert vier bis sechs Wochen; in dieser Zeit verhandelt aber auch die Organisation mit der Minenverwaltung wegen den Lohn- und Arbeitsbedingungen für die nächsten zwei Jahre. Wird eine Einigung erzielt, dann fangen wir an zu arbeiten, sobald die Grube Aufträge zu neuen Lieferungen bekommt. Kommt es zu keiner Einigung, dann geht es in den Streik, der also unsere „Ferien“ verlängert. In diesem Frühjahr dauerten unsere Ferien ungefähr sechs Wochen. Wir haben auch einige Zulagen erlangt; bei den Treibern, Zimmerleuten und Schienenlegern von 2,70 auf 2,86 Dollar, die zuvor bekommen jeht für die Löhne Kohlen 30% gegen 37½ Cents vorher. Die anderen Punkte des Vertrages sind unverändert geblieben. Die Arbeitszeit ist 8½ Stunden, eine halbstündige Mittagspause eingeschlossen. Wir fahren 8½ Uhr an und 3¼ Uhr wieder heraus. Wer kein Pensum früher hat, kann früher ausfahren. Die Arbeitsweise ist hier etwas anders, als ich sie drüben gewöhnt war. Der Maschinist und sein Schaffer schrammen die Kohle und schafften gewöhnlich für sechs Lader. Der Maschinist bekommt für jede Lader Kohlen 7½ Cent, der Schaffer 6½. Dann kommen die Lader, das sind nach der deutschen Arbeitsweise die Dauer. Schiefen dürfen die Lader ihre Kohlen nur eine halbe Stunde vor Beginn der Schicht, in gasreichen Gruben sind besondere Schiefmeister, die gewöhnlich des Nachts anfahren. Die Lader laden also die Kohlen und verladen vor Ort. Für die Löhne Kohlen erhalten sie 30% Cent; für Holzlegen wird extra vergütet. Das Wegschaffen der vollen und das Herbeischaffen der leeren Wagen besorgen die Treiber mit ihren Eseln. Die Schienen hat der Schienenleger und das Aufstapeln der Zimmerung der Zimmermann zu besorgen. Entleeren Brüche, wenn auch beim Schiefen, dann sind zum Aufstapeln die Schiefmeister da. Auf diese

durchzuführen, dann würde die Firma Inbusch wieder den Streikbruch organisieren wie im Frühjahr. Und solche elenden Geuchler haben noch die Stirn, an die Anknappschäftsmitglieder heranzutreten mit der Mahnung, auf dem Posten zu sein!

Auf die „christlichen“ Ärgernisse in dem Flugblatt einzugehen, verlohnt sich nicht. Wir haben die „christlichen“ Streikbruchschreiber in letzter Zeit derartig abgeprügelt, daß sie die Sprache völlig verloren hatten, nun wagt sich der Inbusch mit seinem Geuchle in einem Flugblatt an die Öffentlichkeit, wohl hoffend, daß wir davon nicht so schnell Kenntnis erhalten würden.

Aus dem „christlichen“ Flugblatt wollen wir nur den Schluß hervorheben, damit ihn auch diejenigen unserer Mitglieder kennen lernen, die das Flugblatt nicht erhalten. Er lautet:

„Anknappschäftsmitglieder! Winkt auf Eure Knechtsen ein, daß sie dort (in der Generalversammlung, D. V.) für die Verbesserung der Anknappschäftsmitglieder Sorge, daß nicht die Knechtsen des alten Verbandes, aus dem gegen den Gewerkschaften, die von diesen Knechtsen gestellten Anträge ablehnen, die Knechtsen sind gewillt, um Eure Interessen zu vertreten, und nicht, um gegen den Gewerkschaften zu streiken und Eure Interessen dabei zu vernachlässigen. Sorgt, daß sie ihre Pflicht tun!“

Können sich unsere Kameraden wohl einen größeren Geuchler vorstellen, als den, der vorstehende Zeilen geschrieben? Wir glauben, nicht! Geuchlerisch verdrückt er die Augen und klagt darüber, daß die Verbandsältesten mit den Angehörigen der Streikbruchorganisation nichts zu tun haben wollen. Auch an einer anderen Stelle im Flugblatt meint er: „Leider muß auch hier gesagt werden: Es fehlt an der notwendigen Einigkeit der Arbeitervertreter.“ Darauf sei nur erwidert, die Verbandsältesten sind nicht schuld daran, daß Einigkeit nicht vorhanden ist, wir können aber Klammern derselben zum wiederholten Male erklären, daß sie jeden Umgang mit Streikbrüchern vermeiden wollen, und zwar solange, bis jene den Beweis erbracht haben, daß sie eifrig die Interessen der Anknappschäftsmitglieder vertreten wollen. Wisher haben sie deren Interessen noch bei fast allen Gelegenheiten vertreten. Wir können den Streikbruchführern und deren Anhängern nur den Rat geben, ihre Annäherungsversuche an uns und unsere Knechtsen einzustellen, mit ihnen steht sich kein ehrlicher Arbeitervertreter mehr zu gemeinsamer Arbeit zusammen, davon rät er aus Kleinlichkeitsgründen möglichst weit ab.

„Segen des Mansfelder Bergbaues!“

Kürzlich ist der Verwaltungsbericht des Mansfelder Anknappschäftsvereins für das Jahr 1911 erschienen. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder des Anknappschäftsvereins ganz erheblich gestiegen ist. 1911 zählte die Pensionistkassen im Durchschnitt 17 827 Mitglieder, 1909 aber noch deren 15 518. Bei der Krankenkasse sank während der gleichen Periode die Mitgliederzahl von 21 600 auf 19 065. Das ist ein Rückgang der Belegschaft um 1665. Da die vergleichen Jahre die Zeit umfassen, in der der Mansfelder Terror ganz besonders wegen des Streiks Ende 1909 einfiel, so kann man sich einen Begriff machen, wie hier gearbeitet worden ist. Die Arbeiter waren unmittelbar oder mittelbar wegen ihrer Beteiligung am Streik zur Erlangung des Koalitionsrechts gezwungen, den Werken des Mansfelder Erzbergbaues den Rücken zu kehren. Die große Zahl der Opfer ist eine bezeichnende Illustration für das geschlecht gewährte Koalitionsrecht. Der Bericht gibt zugleich ein Bild von dem beständigen Sinken der Arbeitsfähigkeit der Mansfelder Bergarbeiter. Ein Vergleich der letzten drei Jahre ergibt ein sehr interessantes Bild des durchschnittlichen Lebensalters, in dem der Eintritt der Invalidität erfolgte. 1909 betrug das Durchschnittsalter 57,4 Jahre, 1910 54,3 Jahre, 1911 53,5 Jahre. Das Durchschnittsalter des Mansfelder Bergmanns sank also in zwei Jahren von 57,4 auf 53,5 Jahre. Die Mansfelder Bergarbeiter wurden also im Jahre 1911 im Vergleich zu 1909 vier Jahre früher „bergsfertig“.

Doch das auf das Konto der geistigen Ausbeutung zu setzen ist, werden wir vermeiden. Im Bergbau herrscht das Vorkordsystem. Sei es, daß die Arbeit im Gebirge oder nach der Anzahl der geleisteten Tages bezahlt wird. Im Mansfeld wurde bis 1909 im Gebirge gearbeitet. Im zweiten Halbjahr 1909 wurden Versuche mit der Bezahlung der geleisteten Wagenzahl vorgenommen. Das Resultat des Versuchs war für die Kapitalisten gänzlich glänzend. Innerhalb weniger Wochen hatte die Förderung auf dem einen Schachte so zugenommen, daß die Krugfülle der geleisteten Schiefer nicht mehr verarbeiten konnte. Angesichts der Steigerung der Produktion durch die neue „Lohnberechnungsform“ war der Streik 1909 der Diktation sehr willkommen. Schon früher hatte sie sich mit dem Gedanken der Verringerung der Belegschaft getragen, aber nie den gangbaren Weg gefunden. Sätze a. B. die Mansfelder Bergarbeiter damals die Belegschaft um 2000 Mann reduziert, wie es geplant war, dann hatte das Mansfelder Grubenkapital die öffentliche Meinung gegen sich. Aber nach dem Streik konnte man das ruhig riskieren, denn das rückständige Bürgerturn im Mansfelder Staat stand noch unter dem Banner der Soldateska. Durch die Verringerung der Belegschaft hatte die Produktion keinen Rückgang zu verzeichnen, im Gegenteil hat sie und der Profit eine Steigerung erfahren. Die geistige Intensität der Arbeit bezahlt der Bergmann mit einer Verkürzung seines arbeitsfähigen Lebensalters.

Im Jahre 1911 waren durchschnittlich 2501 Invaliden, 2967 Witwen und 1534 Waisen vorhanden. Die Pensionsbezugsdauer betrug durchschnittlich bei den verstorbenen Invaliden 8,1 Jahre. Also 8 Jahre später, nachdem der Bergarbeiter „bergsfertig“ war, mußte er schon ins Gras beißen. 7994 Mitglieder der Krankenkasse waren im Berichtsjahre krank. Auf 100 Mitglieder entfielen 39,9 Krankentage. Das gezahlte Krankengeld beträgt im Durchschnitt pro Tag 1,64 Mk. Bei diesem niedrigen Krankengeld ist es dann kein Wunder, wenn die Krankenkasse im Berichtsjahre einen Ueberschuß von 17 356,22 Mk. erzielen konnte. Das Vermögen der Kasse beläuft sich auf 632 103,55 Mk., im Jahre 1910 waren es nur 603 608,50 Mk. Die Pensionskasse hatte 1 886 687,39 Mk. Einnahmen, 1 370 859,82 Mk. Ausgaben, 515 827,57 Mk. Ueberschuß und 7 138 011,30 (in Worten sieben Millionen und hundertachtunddreißigtausend) Mk. Vermögen gegen 6 714 801,53 Mk. im Jahre 1910.

In beiden Fällen also einen kolossalen Ueberschuß und eine Steigerung des Vermögens. Und was bekommt der Bergarbeiter für seine ungeheuren hohen Anknappschattsbeiträge? 1,64 Mk. täglich Krankengeld in den Zeiten des Brod- und Fleischmangels. Würde eine Krankenkasse mit gleich hohen Beiträgen ein so niedriges Krankengeld zahlen, das Geheule der reichsverbändiglichen Ordnungspresse müßten wir da einmal hören. Aber hier: Ueber den Wipfel ist Maß!

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Gwald-Zurichtung. Auf dieser Sehe sieht es aus, als wenn die Verwaltung den Konsums ammenen sollte. Es fehlen oft Verriegelungshähne, Luft- und Wasserhähne, Bohrhämmer und was sonst noch alles. Man sollte doch meinen, daß auf diesen modernen Mißständen alles da sein müßte, was gebührt wird. Da fehlen auf verschiedenen Betriebspunkten Hähne zur Wasserleitung. Der Steiger sagt, der Schloffer soll einen Hahn anbringen. Und was sagt der Schloffer? „Im Magaz. sind keine Hähne, ich habe es dem Steiger gemeldet.“ Also: Alles in Ordnung! Seit dem 23. August fehlte auf einem Betriebspunkte in Flöz 8 ein solcher Hahn und war bis zum 28. August noch nicht eingebaut, die Wasserleitung also nicht in Ordnung. Wenn die Schüttelungen laufen, ist es vor Kohlenstaub nicht auszuhalten; derselbe ist so dick, daß man fast die Kameraden nicht sehen kann. Wenn dann mal etwas passiert, dann war angeblich alles in Ordnung. Dann fühlen sich die Herren noch beleidigt, wenn derartige Mißstände kritisiert werden. Und passieren kann sehr leicht etwas — wie schnell kann der Kohlenstaub explodieren und ein drittes Stabod herbeiführen. Also Vorsorge treffen, solange es Zeit ist. Kommt es aber mal zu einer Kohlenstaubentzündung bei uns, dann darf sich niemand wundern. Die Verwaltung soll dann aber nicht kommen und nach berühmten Mustern den Arbeitern die Schuld aufbürden.

Sehe Adern I und II. Im Juli hatten wir uns in Nr. 28 der „Bergarbeiter-Zeitung“ über einige Mißstände beklagt. Wir hatten gehofft, daß die Verwaltung unsere Notiz finden und die angegebenen Uebelstände beseitigen würde. Darin haben wir uns getäuscht. Allerdings — gesehen hat die Verwaltung unsere Klage in der „Bergarbeiter-Zeitung“. Aber der Effekt war ein anderer, als wir erwartet hatten. Statt Beseitigung der Uebelstände trat jetzt die Verwaltung einfach die Existenz von Mißständen. Wir trauten unseren Augen nicht, als wir

die Nr. 33 der „B.-Z.“ erhielten und eine Berichtigung darin fanden. Denn alles das, was wir behauptet hatten, ist wahr. Der Herr Adressor hätte sich durch Augenschein persönlich davon überzeugen sollen, bevor er uns Berichtigungen heransandte. Ein Rundgang durch die Sehe beim Schichtwechsel würde ihn darüber belehren, daß wir recht hatten und daß wir nur einen Teil der Mißstände in der ersten Notiz anführten. Die Arbeiter wissen nicht, wohin sie beim Umlaufen ihre Sachen legen sollen, da der Fußboden einer großen Regenpflanze gleicht. Die Kleider trocknen nicht, weil gewöhnlich zu wenig Dampf vorhanden ist. Dem Kautschukwärtler können sie die Kameraden doch nicht alle zum Trocknen geben, so viel Platz hat der gar nicht. Beschwerden zu führen sind viele Leute zu bange, weil sie Schlänen oder Mißbilligung befürchten; da ziehen sie lieber die nackten Kleider unter Kurren wieder an. Die unter den Draußen herrschende Luft ist auch nicht unangenehm für durchschwitzte Leute. Was sonst von und moniert war, trifft gleichfalls zu. So z. B., daß am Schachte den Arbeitern bei der Sehefahrt die Wagen im Wege stehen. Nicht aus Unkenntnis, wie die Berichtigung lautet, sondern die Arbeiter über die Wagen hinweg, sondern weil sie öfters auf anderem Wege nicht zu ihrer Nummer gelangen können. Ebenso ist es mit der Behauptung, der elektrische Strom würde eine Viertelstunde vor Beginn der Sehefahrt ausgeschaltet und daß er hinterher auch nicht zu früh eingeschaltet wird. Es mag wohl so angeordnet sein, ist aber nicht immer eingehalten worden. Tatsache ist, daß der Strom noch nicht ausgeschaltet war, wenn schon der dritte oder vierte Stab verlassen wurde. Unsere Kritik in der Zeitung hat doch nur den Zweck, die Verwaltung auf solche gefährliche Dinge aufmerksam zu machen. Dazu gehört also auch, daß wir uns dagegen beschwerten, daß die Maschinen in schnellem Tempo hinter den ein- oder ausfahrenden Arbeitern herlaufen. Ferner, daß Schichtmeister und Schichtgänger mit ihren vollen Sprengschloßkisten unter der eingeschalteten Leitung herlaufen müssen. Wenn aber die Verwaltung so feinsinnig ist, daß sie ein offenes Wort der Kritik in der Zeitung nicht vertragen, dann werden sich die Arbeiter eben in Zukunft auf andere Weise zu helfen suchen müssen. Ob aber der Verwaltung damit gebietet ist, wenn wir ihr bei jedem Mißstand die Mißbilligungsschilde auf den Hals schiden, das ist zu bezweifeln. Es läge wohl eher in ihrem Interesse, wenn sie freiwillig den berechtigten Klagen aus der Belegschaft Gehör schenkte und Mängel verschaffte.

Sehe Vorarbeiten. Seit dem Streik verlassen die Kumpels diesen „Pütz“ in Scharen und noch immer hält die Abwanderung an, ein Beweis, daß die Zustände miserabel sind. Daran ändert auch der Wechsel der Betriebsführer nichts. Kürzlich kam ein Trupp ungarischer Bergarbeiter hier zugewandert, denen man in ihrer Heimat 7 bis 8 Mk. Lohn versprochen hatte, die aber recht bald einsehen mußten, daß man sie angelogen hat, aber nun sitzen sie vorläufig fest. Für Unterkunft, Verpflegung und Kleider wurde nichts getan, dafür aber mußten sich die Vergleute verpflichten, mindestens drei Monate auszuhalten. Wenn man halt für drei Monate Arbeiter hat, ist schon etwas wert. Wegen der „vorzüglichen“ Behandlung gehen die Leute jedoch bald wieder laufen und pfeifen auf alle „Wohltaten“. Die Schichten werden reformmäßig verfahren. Die Leistung des bekannten „Kaplans“, der früher 30 Schichten im Monat versuchte und nebenbei noch „Audiente“, ist schon übertrieben durch einen „eisernen Bergmann“, der 42 Schichten gemacht hat. Wegen willkürlichen Feiern wurden am 12. Juli 60 Mann mit 1 bis 3 Mk. bestraft. Als aber doch die meisten dieser Leute hatten ihre sechs Schichten gemacht, gehören nicht zu den Unmütigen, aber sechs Schichten genügen nicht. Freitags fährt die Morgenschicht 1½ Stunde früher an, dann abends um 9 Uhr und dann Samstag nachmittag. Leute, welche die Lebensschicht nicht machen oder keine Gelegenheit dazu haben, werden bestraft. Ein Bauer ist wegen Feierns von Druckluft vor seinem Arbeitsplatz mit 5 Mk. bestraft. Er bestraft jede Schuld, da nicht er, sondern der Aufmann die Leitung öffnet, um die Nachschubwagen vom Schuß zu befreien. Das ist ja auch erklärlich, weil niemand in solchem Dunst arbeiten kann. Der Betriebsführer hatte seinen armen an dem Arbeitsplatz getroffen, darum mußte er der Schuldige sein. Als der Betriebsführer herkam, gab es Vorwurf für jeden, jetzt ist die Sache schon anders, denn wer Vorwurf haben will, muß erst zum „Allen“ selbst und ihm sein Sprüchlein hertragen, was verdient ist, wieviel Uebellichkeiten verfahren sind usw. Im Meier I des Steigers kniffte man keine Knechtsen geben, wo es bis jetzt teils Schichtlohn gab. Das Gedinge wurde in sämtlichen Mülchen am 2. August auf Morgenlohn gesetzt, aber so, daß es gegen das alte System Uebereinstimmung bedeutete, deshalb von den Arbeitern nicht angenommen wurde. Mittags mußte eine Deputation von vier Mann mit dem Steiger an der Spitze zum „Allen“ kommen; der Steiger der Mülchschicht mußte ebenfalls während der Schicht herausfahren, kam aber bald wieder mit der Wolschaft zurück: „Seht, seht, daß es Knechtsen gibt, das alte Gedinge bleibt wieder“ (also sechsständiges Gedinge). Die bösen Verbänder machen ihr dazu auch noch vieles zu schaffen, indem sie ihm Handzettel für eine Bergarbeiterversammlung direkt an seine Tür kleben, weshalb er seit Wochen, wie man sagt, nicht mehr schlafen kann. Unser armer „Alter“!

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Grube Pauline bei Mücheln. Am 22. August stürzten hier zwei Kameraden (Familienväter) in den Wassergraben. Der eine davon wurde als Leiche aus dem Schlamm gezogen. Der andere konnte zwar noch lebend geborgen werden, starb aber schon am folgenden Tage im „Vergamtsstropf“ zu Halle. Wie wir erfahren, soll das Unglück dadurch entstanden sein, daß ein Holz aus der Schachtelzimmerung herausfiel und die beiden Kameraden mit in die Tiefe rief. Demnach muß sich der Schacht in einem recht netten Zustande befinden haben. Die Verwaltung wird ja vielleicht eine andere Unfallursache ermitteln; daran sind ja die Vergleute nachgerade gewöhnt, daß merkwürdigerweise die Arbeiter gerade dort ums Leben kommen, wo alles in bester Ordnung ist — wenigstens nach den Angaben der Verwaltungen. Grube Pauline gehört Herrn Baron v. Seldorf auf St. Ulrich. Der Organisation der Bergarbeiter hat dessen Verwaltung schon immer große Schwierigkeiten bereitet.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Concordiagrube bei Zabrze. Eine kleine Müttenleise von Bergarbeitern hat die hiesige Belegschaft gegen ihre Verwaltung leider wieder vorzubringen. Die Behandlung der Verletzten läßt schon erkennen, daß der Arbeiter hier nur als Arbeiter betrachtet wird. So wurde kürzlich ein Verunglückter auf einem Breitwagen, auf einem Hund Stroh sitzend, transportiert. Sobald werden wohl die Knappen noch wert sein, daß man sie im Krankenwagen weggeführt und nicht wie ein Stück Vieh, das zum Abfeder gefahren wird. Die Kreierei ist auf der Höhe. Oberhauer verlangen, daß alle losen Köhlen zu Ende der Schicht noch weggeführt werden müssen. Dadurch wird nicht nur das Gedinge verdrängt, sondern auch die Wagenhölzer geschädigt. Diese arbeiten im Schichtlohn und sollen eine halbe Stunde und länger unsonst arbeiten. Werden Kisten zurückgelassen und gehen verloren, dann sollen die Wagenhölzer den Schaden ersetzen, während doch nur die Verwaltung die Schuld trägt, indem sie nicht für Ordnung sorgt. Geäußert werden muß auch der Irrsinn, daß Streckenhauer die Wagen direkt die Vremsberge hinaufziehen und fördern. Dadurch gefährden sie sich selbst und auch andere; es sind auch schon aus diesem Anlaß Unfälle passiert. Natürlich begeben die Streckenhauer diese Unvorsichtigkeit nicht aus Unkenntnis, sondern sind durch den hohen Lohn dazu gezwungen. Es strengt sich eben jeder an, soviel er kann, um nur nicht wegen Faulheit bestraft zu werden, was hier auch vorkommt. Jedenfalls ist es aber nicht auf Faulheit zurückzuführen, wenn Kumpels nach der Schicht in der Badekade schmachtlich zusammenbrechen. Dieser Tage war eine Liste der Belegschaftsmitglieder ausgehängt, die mit ihren Steuern im Rückstand sind. Jeder dieser Leute wurde mit einer Mark bestraft. (Das ist doch die Höhe! D. M.) Erst kriegen die Leute so wenig Lohn, daß sie ihre Steuer nicht regelmäßig zahlen können, dann werden sie wegen dem niedrigen Lohn bestraft und außerdem noch an den Pranger gestellt. Empfindet denn die Verwaltung garnicht, daß sie sich selbst dadurch mehr blamiert als ihre Steuererhebanten? Aber auch die Arbeiter sollen sich schämen, daß sie trotz harter und fleißiger Arbeit so wenig verdienen, daß sie ihren Pflichten gegen ihre Familie, den Staat und die Kommune nicht nachkommen können. Würden sie sich organisieren, wie es das Unternehmertum längst getan hat, würden sie einig zusammenhängen, würde man ihnen solche Jammerlöhne nicht anbieten wie heute, sondern sie so bezahlen, wie es der schwere Veruch erfordert und daß sie anständig leben könnten.

Süddeutschland.

Grube Karl Ferdinand (Grosz-Setzingen). Zu den vielen Wohlfahrtsvereinigungen, die auf der hiesigen Grube bestehen, ist eine neue hinzugekommen. In dem Gasthaus „Karl Ferdinand“ (es heißt wie die Grube), können die Kumpels auf Pump Schnaps und Bier haben. Am Samstag haben sie mit dem Bezahlen dieser Schulden keine Mühe.

Auf den Lohnlisten steht dann eine Rubrik: „Gastwirt Rainot“ so und soviel. Weiß denn die Verwaltung nicht, daß es gesetzlich unfähig ist, dem Arbeiter ohne weiteres Trinkgelder vom Lohn abzugucken? Die Herren Wirts sind ja auch der Sache sehr dankbar dafür, daß sie ihnen das Geld eintrifft, denn es gibt keiner von ihnen, der soviel zu einer Versammlung her, d. h., dem alten Verband nicht. Die Herren „Christen“ können Lokale haben, die sind ja auch den Unternehmern nicht mehr gefährlich. Wir haben hier schon in sämtlichen Wirtschaften nachgefragt um ein Lokal, aber jeder hat einen anderen Grund, weswegen er sein Lokal nicht hergibt. So sagten zwei Wirts, daß sie Kinder in der Schule hätten und die bekämen es dann vorgehalten, wenn der Vater sein Lokal diesen verhaften Sozialdemokraten gibt. Man sieht also auch hier wieder, wie die Geiligkeit auf Seiten der Herren Unternehmer steht. Trotzdem können es die Herren nicht verhindern, daß es auch hier voran geht. Den Kameraden müssen wir aber zurufen: Behaltet auch ihre eure Gröschen und verteidigt bei diesen Angeklagten von Wirts nicht!

Grube Merlenbach, Schacht V. Trotzdem in Merlenbach kein Ueberschuß an Arbeitern ist, vielmehr es immer daran fehlt, sind die Kameraden einer Behandlung ausgesetzt, die aller Beschreibung spottet. So herrscht hier ein ungeheures Straßsystem. Jede Kleinigkeit kostet 2 bis 3 Mark. Vorigen Monat wurde ein Mann mit 8 Mark bestraft, weil er eine Schicht verfallen hat. Der Mann ist kein Wummser, verfährt jeden Monat seine regelmäßigen Schichten, ja sogar noch Ueberstunden. Vorigen Monat hat er, trotzdem er eine Schicht gefehlt und dafür mit 8 Mark bestraft wurde, noch 20 Schichten verfahren. Ein anderer Fall ist noch trauriger. Hat da so ein armer Teufel das Malheur, im Dezember zu verunglücken und dadurch Rentenempfänger zu werden. Infolge seines Verbruchs kann er nicht regelmäßig zur Schicht gehen, läßt sich aber beim Meibersfelder jedesmal melden. Nicht aber alles nichts. Er wurde bestraft im Monat Mai mit 6, im Juni mit 8, und im Juli sogar mit 10 Mark. Auch ist das gesetzlich abgeschaffte Wagenmüllern wieder in voller Mitleid! Wurden doch vorige Woche einer Kameradschaft 15 Wagen gemüht! Dies macht, pro Wagen zu 1,20 Mk., 18 Mark aus! Man sieht, daß die Sehe mit dem Versteifen schnell bei der Hand ist, aber wie sieht es aus mit den Schichten, die die Kameraden feiern müssen, wenn eine Betriebsstörung vorkommt? So mußten vorige Woche die Leute aus zwei Meibersfelder zwei Schichten feiern, weil die Pumpe defekt und die Meibersfelder dadurch unter Wasser standen. Ja, Wauer, das ist ganz was anderes, heißt es dann. Auch wäre es an der Zeit, einmal dafür zu sorgen, daß den Kameraden auch die Schichten, die sie verfahren, ausgeschrieben und am Sonntag auch bezahlt werden. Die reinste Welterwanderung findet am Tage nach der Lösung vom Bureau des Betriebsführers statt, um sich zu beschweren; da heißt es: Wir fehlt eine Schicht, mir zwei, mir drei usw., und dann stehen die Kameraden manchmal 2 bis 3 Stunden und warten, bis sie die paar Mark bekommen. Auch könnte man der Belegschaft insofern entgegenkommen, daß am Sonntag durchgeschliffen wird. Nach dem jetzigen System wird geschliffen von morgens 6—7 Uhr und dann wieder von 10 Uhr ab. Dadurch kommt es vor, daß die Kameraden dann zu Hunderten vor der Tür unter freiem Himmel stehen müssen, und so dem Wind und Wetter ausgesetzt sind. Wenn durchgeschliffen würde, kämen soviel Leute garnicht zusammen, und dem Nebel wäre abgeschliffen.

Aus dem Streife der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein Nachspiel der Berggewerbegerichts Wahl.

Bei der letzten Wahl der Weisler zum Berggewerbegericht hatte sich der Betriebsführer der Sehe A. gegen den Kameraden M. für die Verbandsabteilung Stimmzettel verteilt, recht ungeschicklich. Er hatte sich neben ihn gestellt und gesagt: „Jetzt will ich doch mal sehen, wer von Ihnen noch einen Stimmzettel annimmt!“ M. hatte gegen diese Beeinflussung der Wähler protestiert, worauf der Betriebsführer Seemann ihn zum Verlassen des Belegplatzes aufforderte, vor die Brust stieß und die Einwendungen des Kameraden M. mit den Worten abtat: „Gast den Sehe A.!“ In dem Benehmen des Betriebsführers lag eine offene Beeinflussung der Wähler und eine Verleumdung des Kameraden M. Der Staatsanwalt lehnte es jedoch ab, gegen Seemann vorzugehen und das Wahlrecht der Bergarbeiter dadurch zu schützen. M. wurde auf den Weg der Privatklage verwiesen, den er wegen der Verleumdung auch beschritten hat. Vom Schöffengericht zu Anna wurde der Betriebsführer wegen der tätlichen Verleumdung zu 6 Mark Geldstrafe verurteilt. Seemann sowohl wie auch der Kläger legten Berufung ein. Der Betriebsführer hatte Glück damit, er erzielte am Dortmunder Landgericht seine Freisprechung. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte als Revisionsinstanz diesen Freispruch am 20. Juli. Es stellte sich ganz auf den Standpunkt des Landgerichts, daß der Betriebsführer in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er den Kläger beleidigte. Das Gericht nimmt an, daß Herr Seemann die Arbeiter habe vor Verleumdungen durch den Stimmzettelverteiler schützen wollen, und daß ihm auch die Absicht der Verleumdung gefehlt habe. Das ist wirklich nicht übel! Nach diesem Urteil ist es sehr zu bedauern, daß die Streikführer in den vergangenen Monaten nicht alle vor das Forum dieses Gerichts gestellt wurden. Sie wären bestimmt sämtlich freigesprochen worden. Alle jene, die den Herren Arbeitsführern durch Worte oder Handlungen die „Ehre“ verletzten, handelten doch mindestens ebenso in Wahrnehmung berechtigter Interessen, wie der Betriebsführer Seemann dem M. gegenüber. Und ebenso hat ihnen auch die Absicht der Verleumdung gefehlt, denn an der Verleumdung an sich konnte den Streikenden garnichts liegen — genau so wenig, wie dem Betriebsführer. Was die Streikführer mit ihren „Verleumdungen“ erreichen wollten, war der Anschluß aller Arbeiter an den Streik, und daran hatten sie ein berechtigtes Interesse. Ein viel größeres sogar, als der Betriebsführer Seemann hatte, als er „die Wähler vor Verleumdungen schützen wollte“. Das freisprechende Urteil für den Verleumdung Seemann könnte korrumpierend wirken auf die Arbeiter, wenn sie nicht zum großen Teil bereits zu aufgeklärt wäre. Und doch wird die Zahl derer nicht gering sein, die da sagen werden: Die Ehre des Arbeiters gegen Angriffe wird nur dann geschützt, wenn er keine Ehre mehr hat, wenn er ein Lump, ein Streikbrecher geworden ist. Wer einen Arbeiter vor die Brust schlägt, wird freigesprochen. Wer aber zu einem Lumpen „Pütz“ sagt, wird bestraft. Man könnte angesichts dieser Sachlage die Preisfrage aufwerfen: Was ist für unseren Rechtsstaat besser, daß die Arbeiter alle Lumpen werden, oder daß sie einen anderen Weg zur Erlangung ihres Rechts einschlagen? Uns will bedünken, daß das eine wie das andere gleich gefährlich für den heutigen Staat sein wird. Das erstere wird ja nicht eintreten — dafür gibt uns die wachsende Arbeiterbewegung Bürgschaft. Sie deutet uns die Richtung nach dem anderen möglichen Wege. Den wollen wir weitermarschieren trotz aller Land- und Oberlandesgerichte!

Brülla ein Dummkopf oder Lügner?

Im „Bergarbeiter“ vom 31. August schreibt Herr Brülla über eine Spalte voll, um mir nachzuweisen, daß ich in der Oberhausener Versammlung erpönte die „Kirche“ angegriffen, zweitens auf seine „tadellosen“ Ausführungen nicht eingegangen sei, drittens, daß unser Verband die Bergarbeiter zerpfittet habe, und viertens, daß ich die Geschichte der deutschen Gewerkschaften und speziell der Bergarbeiterbewegung nicht kenne. Um mir gleich einen „berühmten Hieb“ zu verpassen, nennt er mich den „neugeborenen Chrefredakteur“. Wäre Brülla ein etwas „altgedeckter“, müßte er wissen, daß ich schon vor elf Jahren Redakteur an der „Bergarb.-Bzg.“ gewesen bin, also absolut kein „neugeborener“, und Chrefredakteur hat es an der „Bergarb.-Bzg.“ noch nicht gegeben, folglich kann ich nicht „Chrefredakteur“ sein, solche existieren ebenfalls in dem „Kugen“ Kopf eines Brüllas. Das geradezu unqualifizierbare, ordinäre Auftreten des „geheilten“ Brüllas in jener Versammlung soll ich, nach seiner Angabe, folgendermaßen provozieren haben:

„Leimputzers Beschäftigte sich eingangs einer Ausföhrungen mit den „Kirchen“ und sagte: Erst als die Sozialdemokratie die Arbeiter organisiert habe, seien die „Kirchen“ auf dem Plan erschienen, um die Arbeiterkraft zu zerpfittieren und so eine einheitliche Organisationsrichtung zu verhindern. Diese Ausführungen wurden von 2. mit höhnischen Nebenbemerkungen begleitet, so daß einige der anwesenden Kumpels mich durch Zwischenrufe und Zeichen ebenfalls zu verhöhnen suchten.“

Daß diese Brüllaschen Angaben direkt un wahr sind, wird jeder Versammlungsbesucher, selbst Kirch- und Arbeiter-Mitglieder bezeugen, sofern sie nicht wider besseres Wissen lügen, und daß Brüllas sie aufzustellen mag, kennzeichnet seinen „Gang zur Wahrheit“ ungezogen. Ich habe — und dabei bleibe ich und stelle es zu jeder Zeit unter Beweis — nur einmal, und zwar fast am Schluß meiner Ausführungen das Wort „Kirche“ gebraucht, ohne Spott

Wach die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß die Verwaltung gegen die Abwanderung nichts unternahme, so daß man fragen muß: Was sagt denn eigentlich dazu Berlin? Gält man denn auch dort eine Massenflucht aus staatlichen Betrieben für eine Bagatelle? Fast will es so scheinen. Der Öffentlichkeit aber sind die Aufschüßsinfangen es schuldig, Klarheit zu schaffen. Soll dieses traurige Spiel so weiter gehen, dann treibt das gesamte Geschäftsleben des Saarreviers mit Miesendritten seinem sicheren Untergang entgegen. In vielen Ortschaften liegen massenweise die Wohnungen leer, in einem Orte (Altenwald) ist sogar eine ganze Straßenreihe vollkommen entvölkert, Geschäftsleute müssen ihre Läden schließen, Schulen müssen geschlossen werden usw. Die unmittelbare Folge wird sein, eine ungeheure Steigerung der Gemeindeabgaben, eine Miesenverdrückung der kommunalen Verbände und schließlich der vollständige Bankrott. Aber unsere Regierung als Aufsichtsbehörde der fiskalischen Grubenverwaltung hüllt sich in Schweigen, steht mit verdorrten Armen da wie auf dem Dache der Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Und sie scheint auch in der Tat zur Ohnmacht verurteilt zu sein, es sei denn, daß in Berücksichtigung gezogen wird, daß auch sie wie alle anderen privatkapitalistischen Unternehmen nicht aus ihrer Haut heraus kann. Sie könnte allerdings diesem Uebel der Massenabwanderung und dem damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Ruin des Saarreviers vorbeugen, wenn sie an die Vergarbeiter Löhne zahlte, wie selbige im Privatbergbau auch üblich sind, und die zur anständigen Versorgung einer Familie ausreichen. Und wer ist denn letzten Endes schuld, daß die Löhne auch entfernt nicht mehr zur Erhaltung einer Familie ausreichen? Doch nur unsere gottgewollte Gesellschaftsordnung und unsere unvergleichlich weise Regierung einschließlich der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten, die dem ohnedies schon genug darben den Volke die notwendigen Lebensmittel zugunsten einer Handvoll schreiender Agrarier ins Ungemeßene verteuert haben. Fleisch ist sozusagen heute im saarabischen Privatbergwerk ein Leckerbissen, den man sich höchstens noch am Kirchweihlage leisten kann, ja sogar mangelt es kinderreichen Vergarbeiterfamilien am täglichen Brot. Wäre es nicht fittliche Pflicht des Staates als Arbeitgeber, das durch ihn und mit ihm Verschuldete wieder insoweit gut zu machen, als an die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter Löhne gezahlt würden, die auch zur Stillung ausreichen. Staatliche Betriebe sollen doch Musteranstalten sein, die vor allen Dingen dem Gesamtvolk dienen und erst in letzter Linie der Dividendenjagd obliegen sollen. Aber was schert eine weise Regierung die Not des Volkes? Nun gilt der Saarbergmann als einer der tüchtigsten seines Berufes, auch seine „nationale Treue“ rühmt man ihm gern nach. Und es gibt in der Tat nur wenig zufriedene Elemente in der Welt, zu denen in erster Linie der Saarbergmann zählt. Jahrzehntlang trug er geduldig das Los der unbefruchteten Bevormundung, in Ehrfurcht schielte er vor dem Herrn „Vorgesetzten“, und acht Jahre lang ließ er sich geduldig von M.-Glöbbaacher Pfarrknechten kerkern. Aber Blut ist nun einmal dicker als Wasser — auch bei dem „königlichen“ Saarbergmann — und mit „christlichen“ Bittschriften und „obrigkeitlichen“ Berichtungen kann er ebensowenig wie andere Sterbliche seinen knurrenden Magen stillen. Epitomatisch, mit Eizt und Gewalt, mit Zuckerbrot und Peitsche hat ma ihn von seiner Berufsorganisation ferngehalten, ihn förmlich zur Hundedemut erzogen. Aber — den freien Mann, den fürchte nicht, wohl aber den Sklaven, wenn er seine Kette bricht!

Schon ziehen sich in Saarabien am wirtschaftlichen Horizont jähwache Gewitterwolken zusammen, eine Katastrophe wird und muß kommen, sofern man „oben“ für die nur allzuberechtigten Wünsche der Saarbergleute auch ferner ein taubes Ohr hat. Nicht nur die Vergelute, sondern auch die Geschäftsleute und das „patriotische“ Speichertum fängt an rebellisch zu werden und droht nun mit dem Abfall vom — Rationalliberalismus! Wenn das Geschäft nicht mehr geht, wenn der Reitegeier über den „nationalen“ Häuptern kreist, hört die „Haatzergeltende“ Gefinnung auf und man droht öffentlich mit dem „Admiralisch in rote Regier“. Die Stimmung ist feistlich, das „Barometer“ zeigt Sturm. Mögen die heutigen unhaltbaren Zustände im fiskalischen

